Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich. — Bezugspreis vierteljährlich 2.50 Reichsmark. — Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in der Reichspostliste unter Nr. 1628 Kreuzband-Sendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 33819

Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 1.— Reichsmark Aufnahme nur bei vorheriger Gebühren-Einsendung auf Postscheck-Konto Leipzig 56383; Kassierer: L. Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus) Rabatt wird nicht gewährt. — Redaktions-Abschluß: Sonnabend vorm. 10 Uhr

Nr. 8 — Sonnabend, den 23. Februar 1929 — 33. Jahrgang

Der Landstraßenbau als Entlastungsmittel für den Arbeitsmarkt

Wo bleibt die „produktive Erwerbslosenfürsorge"? — Die Landstraße als Verkehrsmittel kommender Generationen. — Landstraße und Fremdenverkehr. — Ist die Kapitalfrage unlösbar? — Der Partikularismus als Hemmnis. — Das Arbeitslosenheer als Menetekel.

Der Höhepunkt des diesjährigen Winters scheint überschritten zu sein. Wir haben eine außerordentlich lange und scharfe Frostperiode gehabt. Dadurch sind Außenarbeiten fast vollständig zum Stillstand gekommen. Verschiedene Berufe, darunter auch besonders der der Steinbrucharbeiter und im Steinsetzgewerbe, haben unter der Arbeitslosigkeit sehr stark gelitten. Mehr als 2½ Millionen Menschen haben Wochen hindurch keine Beschäftigung und daher verminderten Verdienst gehabt. Das Problem der Arbeitslosigkeit ist wieder einmal in seiner ganzen Schärfe in Erscheinung getreten. Es ist ein charakteristisches Merkmal unserer Wirtschaftspolitik, daß das Thema „produktive Erwerbslosenfürsorge" immer erst dann ausgiebig hin und her gewälzt wird, wenn wir in einer großen Arbeitslosigkeit stecken. Das Interesse an derartigen Fragen erlahmt sofort, sobald es auf dem Arbeitsmarkt wieder besser geht. Obwohl der Reichswirtschaftsrat bereits vor Monaten Vorschläge ausgearbeitet hat, die öffentliche Wirtschaft als konjunkturmildernides Element in den Aktionsradius der Wirtschaft einzuschalten, ist bisher noch wenig in dieser Beziehung geschehen.

Die Landstraße lebt in Deutschland als Verkehrsmittel wieder auf. Vor dem Eisenbahnverkehr war sie neben den Wasserstraßen der einzige Verkehrsweg. Ihre Bedeutung war durch die Eisenbahn wesentlich gesunken. Erst dem Kraftwagen war es wiederum vorbehalten, der Landstraße zu alten Ehren zu verhelfen. Die deutschen Landstraßen bedürfen einer gründlichen Erneuerung. Sie wurden angelegt vor Hunderten von Jahren. Ihre Linienführung wurde von lokalen Bedürfnissen weitgehend bestimmt. Automobilstraßen kennen wir in Deutschland noch gar nicht. Und doch hat die vorjährige Automobilausstellung gezeigt, daß auch in Deutschland dieses Verkehrsmittel sich einen breiten Markt zu erobern beginnt. Die deutschen Landstraßen sind nicht die schlechtesten. Dennoch stehen sie, was Großzügigkeit betrifft, für den Autoverkehr weit hinter den Straßen Amerikas und vieler europäischer Länder zurück. Wenn heute in Deutschland erst auf 105 Einwohner ein Kraftwagen kommt, so wird in wenigen Jahren die Motorisierung des Verkehrs in Deutschland so gewachsen sein, daß wir hinter unseren Nachbarländern nicht mehr zurückstehen. Desto brennender wird das Problem, die deutschen Landstraßen zu modernisieren. 100 000 Kilometer müssen umgebaut werden, soll das Straßennetz den Anforderungen einigermaßen genügen.

Es werden große Bemühungen gemacht, den Fremdenstrom nach Deutschland zu ziehen. Immer mehr bildet sich der Brauch heraus, daß der Ausländer nicht mit dem Eisenbahnzug, sondern mit einem Kraftwagen reist. Es ist für jeden Automobilisten eine Freude, auf schöngepflegten Straßen zu fahren. Dagegen erregt es körperliches Unbehagen, stundenlang Stöße und Püffe in Kauf nehmen zu müssen, die durch schlechte Straßen verursacht werden. Ueberdies ist damit eine erhöhte Abnutzung der Wagen, der Reifen usw. verbunden. Der stärkere Verschleiß von Fahrzeugen und Betriebsstoffen fällt beim Massenverkehr sehr ins Gewicht. Es ist deshalb eine Aufrechnung nicht zu bestreiten, wonach diese Schäden größer sind als der Zinsendienst, der für das Kapital zum Bau von Landstraßen erforderlich wäre.

Die Kapitalfrage ist es vor allem, die die Modernisierung und den Neubau von Landstraßen verhindert. Zum Studium dieser Frage ist eine Studienkommission für die Finanzierung des deutschen Straßenbaues eingesetzt. (Siehe Artikel darüber im „Steinarbeiter" Nr. 5.) Diese soll in den letzten Wochen wiederum einmal getagt haben. Auch sollen Vorverhandlungen mit ausländischen Finanzkreisen geführt worden sein. Bei allen Vorzügen des deutschen Volkscharakters haben wir aber in unserer Veranlagung einen Nachteil, daß wir uns solange bei der Prüfung einer Vorfrage aufhalten, ohne rasch und energisch zuzupacken. So auch hier! Die Kosten für die vollständige Modernisierung des deutschen Straßennetzes werden auf 4 bis 5 Milliarden Mark geschätzt. Wenn auch die gesamte Summe nicht auf einmal aufzubringen ist, so sollte doch mindestens ein Teil dieser Summe, sagen wir eine Milliarde Mark, flüssig gemacht werden. Mit einer solchen Summe ließe sich schon etwas Großzügiges in Angriff nehmen.

Das bedauerliche Kapitel in dieser Frage ist die Zerrissenheit der zuständigen öffentlichen Stellen. Zuständig für den Straßenbau sind die Länder, ferner die Provinzen, Kreise und die einzelnen Kommunalwesen, wie wir dies bereits im einzelnen in unserer Technischen Beilage vom Januar ausgeführt haben. Da der Partikularismus noch in schönster Blüte steht, mag es nicht leicht sein, hier zu einer Zusammenfassung zu kommen. Deshalb wäre die Errichtung einer Reichsstelle, die Anleihen für den Straßenbau zu beschaffen und zu verteilen hätte, eine unbedingte Notwendigkeit. Ob dazu die Aenderung in der Wegehoheit und der Wegebaupflicht der einzelnen Gebietskörperschaften notwendig ist, soll hier nicht erörtert werden. Aber das etwas geschehen muß, dürfte ohne weiteres klar sein, zumal die Arbeitslosenfrage uns immer härter auf den Nägeln brennt.

Die Kraftfahrzeugsteuer erbrachte im vergangenen Jahre die Summe von 160 Millionen Mark. Es wird angenommen, daß durch die Zunahme der Kraftfahrzeuge das diesjährige Steueraufkommen um 30 bis 40 Millionen Mark höher liegt. Eine ähnliche Steigerung ist auch in den nächsten Jahren zu erwarten. Diese Summe ließe sich sehr wohl einsetzen, um den Zinsen- und Tilgungsdienst für eine große Auslandsanleihe zu garantieren.

Gewiß mag es bei der Kapitalarmut hierzulande und in Hinsicht auf die Regelung der Reparationsfrage schwer sein, große Summen für den Straßenbau flüssig zu machen. Aber wenn wir bedenken, daß im Durchschnitt annähernd ein Arbeitslosenheer dauernd durchzubringen ist, so verblassen die Schwierigkeiten gegenüber den Vorteilen, die damit verbunden sind. Nach einer Berechnung des Herrn Professors Hirsch haben die Vereinigten Staaten von Nordamerika bereits vor dem Kriege für den Straßenbau jährlich eine Milliarde Mark aufgebracht; 1925 sollen es sogar 4,2 Milliarden Mark gewesen sein. Da Deutschland in der Bevölkerung mehr als halb so groß ist als die Vereinigten Staaten, dürfte eine Summe von einer Milliarde Mark jährlich nicht als zu hoch angesehen werden. Der englische Nationalökonom Keynes hat ausgerechnet, daß die Nettoproduktion einer arbeitenden Person in England 220 Pfund Sterling beträgt. Das sind nach deutschem Gelde 4400 Mark. Eine Million nicht arbeitender Personen vermindert in Deutschland die Produktion um 4,4 Milliarden Mark. Wenn auch nur 500 000 Menschen im Durchschnitt für den Bau und die Modernisierung von Landstraßen eingesetzt werden könnten, so ergäbe sich hier die Summe von 2,2 Milliarden Mark, die produktiv eingesetzt werden könnte. Die Unterstützung für diese Personen käme in Fortfall und die Kaufkraft der deutschen Bevölkerung würde um mindestens 1500 Millionen gestärkt. Es ist kaum auszudenken, was eine solche systematische Maßnahme zur Stabilisierung der deutschen Wirtschaft beitragen könnte.

Bekanntlich ist die Maschinisierung des Straßenneubaues in Amerika soweit durchgeführt, daß die Menschenhand nur verhältnismäßig wenig in Anwendung kommt. Wenn wir auch diese Entwicklung in Deutschland nicht wünschen, sie wird immer beschränkt bleiben, weil in Deutschland eine andere Bauart der Straßen in Frage kommt. Dennoch macht der Straßenbau es sehr deutlich, daß nicht allein die Rohstoffe liefernden Steinbruchsbetriebe und die direkt ausführenden Unternehmungen die Nutznießer eines systematisch geförderten Straßenbaues sind, sondern auch das Tiefbaugewerbe, die Eisen- und Stahlindustrie, der Kohlenbergbau und viele andere Gewerbezweige würden höhere Aufträge erhalten und somit eine größere Zahl von Menschen beschäftigen können, die heute als Unterstützungsempfänger vergeblich nach den Arbeitsnachweisen pilgern. Also auch in dieser Beziehung erweist sich das Projekt des Baues von Landstraßen als eine dringend notwendige volkswirtschaftliche Angelegenheit.

Daß die großen Berufsgruppen in unserem Verbande den größten Nutzen von der Förderung des Landstraßenbaues haben würden, steht außer Frage. Deshalb erheben wir aufs neue die Forderung, nun endlich einmal mit den theoretischen Erwägungen Schluß zu machen und zu praktischen Maßnahmen zu schreiten. 2½ Millionen Arbeitslose sind ein Menetekel und eine volkswirtschaftliche Gefahr. Sie brauchen es nicht zu sein. Der Schlüssel zur Lösung des Problems liegt auf der Landstraße.

Anders herum

Jede Rede erscheint eitel und nichtig,
sobald die Tat ihr nicht Nachdruck gibt.
Demosthenes.

Am Jahresanfang wurde die deutsche Oeffentlichkeit von einer Botschaft aus dem Ruhrgebiet überrascht. Die von der Industrie- und Handelskammer an der Ruhr herausgegebene Zeitschrift „Ruhr- und Rhein-Wirtschaftszeitung" brachte in Nummer 1 an leitender Stelle einen sensationellen Artikel, der alle bisherigen Ansichten, losgelöst von den bisherigen Gepflogenheiten, forderte. Von dieser maßgebenden Zeitschrift wurde nachdrücklich der Gedanke vertreten, daß es ein unbedingtes Muß der Unternehmer sei, durch Vermehrung und Verbilligung der Produktion allen bisherigen Schwierigkeiten Herr zu werden. Die Unternehmer müßten eine eigene zielbewußte, wirtschaftliche Aktivität entfalten, indem sie jede Lohnforderung mit einer Senkung ihrer Preise beantworten. Das führe zu einer Gesundung der Wirtschaft überhaupt. Kartelle und Syndikate hätten zur Verweichlichung und Verminderung der persönlichen Tatkraft geführt, und es sei an der Zeit, daß die Privatwirtschaft diese Kartellkrücken abzuwerfen versuche.

Mancher, der diesen Artikel gelesen (Siehe „Steinarbeiter" Nr. 4 vom 26. Januar, 1. Seite, Artikel: „Warum diese späte Einsicht?"), mußte sich erst mehrere Male vergewissern, ob er keinem Irrtum zum Opfer gefallen sei. Ausgerechnet die Lehrmeister der Kartelltheorie, die Praktiker des rücksichtslosen Monopolismus, ließen in ihrem Organ erklären, daß es besser sei, erhöhtes Risiko zu tragen und zeitweise Verluste und Opfer zu übernehmen, um eine Gesundung der Wirtschaft von Dauer durchzuführen. Die Gewerkschaftszeitungen aller Richtungen begrüßten dieses mutige Bekenntnis. Mit Recht war man gespannt, was nun folgen würde. Einige Nummern später kündigte das betreffende Organ an, daß einer der maßgebenden Männer, der Geschäftsführer der Nordwestgruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und des Langnam-Vereins, Dr. Max Schlenker, zu diesem Thema das Wort nehmen werde. Dieser Artikel liegt nunmehr vor. Alle Blütenträume werden durch ihn zerstört. Alle schönen Hoffnungen werden durch diesen Artikel in einem Kübel eiskalten Wassers ertränkt. Man wird bei der Gegenüberstellung der zwei Ansichten aus dem gleichen Kreise an die Worte Fritz Reuters erinnert „Abendred' und Morgenred' sünd tweierlei." Was hat Schlenker nun dem positiven Neujahrsprogramm der Zeitschrift „Ruhr und Rhein" hinzuzufügen?

Um es von vornherein zu sagen: in abgenutzten Redensarten wird alles das bestritten und als undurchführbar erklärt, was fünf Wochen früher als unbedingte Notwendigkeit einer dauernden Wirtschaftsgesundung bezeichnet wurde. Es sind olle Kamellen, die dort in einem langen Sermon hin und her gewälzt werden. Schlenker freut sich über „den Idealismus und dem hoffnungsvollen Glauben an die Kraft des wirtschaftlichen Liberalismus", der in dem erstgenannten Artikel zum Ausdruck gekommen sei. „Es unterliegt theoretisch keinem Zweifel, daß die von der Selbstkostenseite her immer höher getriebenen Preise allmählich zu weitgehender Beschränkung des Absatzes und damit zur Minderung der Gesamterlöse der Wirtschaft führen müssen. Dieser Entwicklung gegenüber wäre es durchaus zu begrüßen, wenn es gelingen würde, die ständige Aufwärtsbewegung der Lohn- und Preisschraube zum Stillstand zu bringen, und allmählich durch Senkung der Selbstkosten und Senkung der Preise eine neue Konjunktur anzukurbeln, die Absatzmöglichkeiten zu erweitern und das Realeinkommen der breitesten Bevölkerungsschichten zu erhöhen."

Nachdem diese Erkenntnis ausgesprochen, läßt Schlenker die alte Walze von der „politisch überspannten Atmosphäre", von der „Interessenpolitik der Gewerkschaften" und der „staatlichen Lohnpolitik" ablaufen. Zum soundsovielten Male muß der Arbeitskampf in der rheinisch-westfälischen Eisenindustrie herhalten, um brüchige Schlußfolgerungen zu stützen. Nicht bei den Unternehmern, sondern bei den Gewerkschaften fehle es an der vernunftsgemäßen Gesinnung, um einer sachlichen Wirtschaftspolitik die Wege zu ebnen. Die Gewerkschaften seien es, „die nicht um der Wirtschaft willen, sondern zu Nutz und Frommen falschverstandener eigener Interessen seit Jahr und Tag eine Politik der Selbstkostenerhöhung vorwärtstreiben". Es sei ganz gleich, welche Politik die Wirtschaft (lies die Unternehmer) verfolgen. „Immer wieder wird ihr vorgehalten, sie sei auf falschen Wegen." So und ähnlich tobt Schlenker sich aus.

Die Gewerkschaften hatten gerade angesichts der Neujahrsfanfare aus dem Ruhrgebiet ziemlich eindeutig erklärt, daß sie den dort empfohlenen Weg, durch Vermehrung und Verbilligung der Produktion zur Gesundung der Wirtschaft zu kommen, auf das lebhafteste begrüßen. Schlenker sagt hingegen, daß die Gewerkschaften der privaten Wirtschaft das Beschreiten falscher Wege vorwerfen. In den Redewendungen Schlenkers fehlt natürlich auch nicht das staatlich gebundene Schlichtungswesen. Er paukt darauf nicht schlecht herum. In dem früheren Artikel der „Ruhr und Rhein" wurde den Unternehmern empfohlen, den Gewerkschaften den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem man durch Senkung der Preise eine Erhöhung des Reallohnes herbeiführt. Es hieß dort: „Die Gefahr, daß trotzdem der Reichsarbeitsminister die Löhne erhöhen werde, ist um so geringer, je konsequenter und großzügiger der Weg der Preissenkung beschritten wird." Die Privatwirtschaft könne hierbei auf einen nicht zu unterschätzenden Bundesgenossen rechnen: die öffentliche Meinung. Schlenker geht in seiner Betrachtung auf all diese Tatsachen nicht ein. Er bemüht sich mit allen möglichen Krümmungen und Wendungen, die Diskussion auf ein falsches Geleise zu schieben. Weil er sich nicht anders zu retten weiß, kommt er am Schlusse des Artikels zu folgender Erklärung: „Ein Berufsstand (gemeint sind die Unternehmer) allein ist den großen Aufgaben unserer Zukunft nicht gewachsen. Die wirtschaftliche Wiedergeburt, die Erneuerung und Verjüngung unserer Wirtschaft und unseres Volkes, in realwirtschaftlichem und wohlverstandenem sozialen Geist, muß in breitester Front von allen Schichten gemeinsam gegen alle wirtschaftszerstörenden Phantasmagorien errungen und erkämpft werden." Das verstehe, wer will! — Von Klarheit und Zielbewußtheit ist nichts zu merken. In dem ersten Artikel wurde zum Schluß erklärt: „Noch ist es der Privatwirtschaft möglich, ihr Schicksal selbst zu formen und zu gestalten; möge sie den Entschluß und die Kraft dazu finden, bevor die Entwicklung über sie hinwegschreitet. Es wird Zeit!" Man halte diese beiden Pointen gegenüber, und man wird erkennen, daß der Verfasser des ersten Artikels in einem lichten Augenblick den richtigen Weg gefunden hatte, und der nächste nichts anderes zu tun wußte, als in gewundenen Eiertänzen klar ausgesprochene Gedanken zu verschleiern.

So endete ein gesunder Gedanke auf dem Kehrichthaufen krasser Interessenpolitik. Den Scharfmachern des Ruhrgebiets war der Artikel in Nummer 1 der „Ruhr und Rhein" auf die Nerven gefallen. Er war eine, wenn auch unangenehme, Bestätigung der Gewerkschaftspolitik. Deshalb sandten sie einen ihrer Besten aus, um den Drachen zu töten. Sie ahnten nicht, daß sie sich damit selbst ins Gesicht schlagen.

Sind solche Gruppen verelendeter Menschen Familien?

Daß es in Deutschland nach wahre Bezirke gibt, wo Not und Elend ständiger Gast sind, dürfte den meisten Menschen wenig zum Bewußtsein kommen. Und doch leuchten Veröffentlichungen in diese Elendsbezirke von Zeit zu Zeit mit aller Offenheit hinein. Die „Frankfurter Zeitung" veröffentlicht in ihrer Nummer 73 einen Bericht unter dem Titel „Wer hilft den schlesischen Webern?" Es ist geradezu grauenhaft, was in diesem Artikel über die Textilindustrie in der Gegend von Landeshut veröffentlicht wird. In dem Kreis Landeshut lebt jeder dritte Einwohner von öffentlichen Unterstützungen. Die Löhne sind niedrig. Der Akkordrichtsatz beträgt für Arbeiter 65 Pfennig und für Arbeiterinnen 48 Pfennig die Stunde. Von den Arbeitern haben nur die Hälfte bis höchstens zwei Drittel Beschäftigung. Die Bevölkerung lebt unter den ungünstigsten Verhältnissen. Ueber die Bewohner sagt der Berichterstatter: „Er (der Schlesier) ist gutmütig, genügsam (Kartoffeln mit Leinöl sind für das Webervolk wohl auch heute noch eine Delikatesse), er neigt zum Philosophischen, zum Jenseitigen. Mit ihm konnte man so verfahren, daß die bittere Anekdote entstand, er hänge ein Stückchen Fleisch an die Decke, werfe den Kartoffelkloß, ehe er ihn ißt, in die Höhe und sagt: „Huppla, Kließla, fixte's Fleesch?" Ueber die Wohnverhältnisse entwirft der Bericht folgendes Bild:

„Familien? Sind solche Gruppen verelendeter und sozusagen nur noch addierter Menschen denn Familien? Sind sie nicht alles dessen beraubt, was mindestens, auch bei der ungewöhnlichen Genügsamkeit des Schlesiers, da sein muß, um eine innere Gemeinschaft zu erhalten? Ein wahrlich grauenhaftes Wohnungselend zerstört neben dem Mangel an dem, was man braucht, um sich satt essen und einigermaßen genügend kleiden zu können, die letzten Bindungen. Ich war in einer Hütte, die einen einzigen Raum von 1,8 Meter Höhe und 20 Quadratmeter Fläche umschloß. Vor die winzigen Fensterchen waren von außen Doppelfenster geschraubt, um vor der scharfen Kälte des schlesischen Winters zu schützen. Eine Lüftung ist also nicht möglich. In der Hütte wohnen fünf Erwachsene, darunter eine kranke alte Frau, die in dem mit Lumpen ausstaffierten Holzgestell, das sich Bett nennt, schon Jahre verbracht hat. Fünf Menschen wohnen in dieser Hütte, fünf Menschen schlafen, kochen, essen, säubern sich, flicken, waschen Wäsche in dieser Höhle. Nachts schlafen hier noch zwei Kinder, die tagsüber im Kinderheim untergebracht sind und deren Eltern beim besten Willen keinen Platz für sie haben. Ich sah eine „Wohnung" für eine Familie

von vier Köpfen. Vater, Mutter und zwei Kinder hausen in einem Zimmer, von dessen Wänden buchstäblich das blanke Wasser herunterläuft. Die Stube stößt an einen Pferdestall und an Kloaken. Drei Betten stehen in ihr. Der Mann, der ein Bastler ist, hat ihnen auf der Wandseite Bretter angefügt, damit der Schlafende nicht direkt an der klatschenden Wand liegt. Das dritte Kind ist unterwegs. Es wird in dieser Stube zur Welt kommen. Die Familie lebt von 13 Mark die Woche. Eine andere Wohnung, d. h. eine andere Stube, war von außen abgeschlossen; der Schlüssel stak in der Tür. In der Stube drei Kinder allein. Die Eltern sind auf Arbeit; das ist ein Glück. Aber sie müssen die Kinder derweilen sich selbst überlassen und schließen sie ein . . . Vater, Mutter und zwei Kinder in einem Zimmer von 36 Quadratmeter. Das Zimmer hat keine Fenster, sondern nur einen Luft- und Lichtschacht. Die Decke ist so schadhaft, daß bei starkem Regen bis zu sechs Eimer Wasser abgefangen werden. Der Vater ist tuberkulös; sein sechsjähriges Töchterchen hat er schon angesteckt. Ein 30 Quadratmeter großes Zimmer von 2,5 Meter Höhe ist die Wohnung einer siebenköpfigen Familie. Der Mann lungenkrank, seine Frau von ihm angesteckt. Ein Ehepaar hat in einem 12 Quadratmeter großen und 2 Meter hohen Raum sein Heim. Tagsüber hat nur ein Bett Platz; man trägt für die Nacht einen Strohsack hinein. Eine Familie von fünf Personen schläft in zwei Betten. Selbst wenn man noch eins hätte, würde das nichts nützen, denn diese Wohnung ist 12,5 Quadratmeter groß. Doch es gibt noch kleinere. Da wohnen Vater, Tochter und deren Kind in einem nassen Gewölbe von 9 Quadratmeter . . ."

Kommentar überflüssig! Wer bringt diese Elendsbezirke zum Verschwinden? Die Arbeiterschaft wird es auf eigene Faust unternehmen müssen.

Gesperrt:

3. Gau: Die Firma Gebr. Heidl in **Rochlitz** (Sa.) ist für Steinbildhauer und Steinmetzen, wie überhaupt für Steinarbeiter, nach wie vor gesperrt wegen Lohndifferenzen und anderem.

5. Gau: In **Detmold** die Grabsteinfirma Hugo Meier und die Westdeutsche Baustoffzentrale Grotenburger Sandsteinbrüche. Inhaberin: Dora Meier, früher Karl Meier in **Hiddesen** bei Detmold. — Die Firma Fritz Schneidewind, Grotenburger Sandsteinbruch, **Hiddesen** bei Detmold. — In **Witten** der Pflastersteinbetrieb der Firma R. W. E. (Speicherkraftwerk Herdecke). — In **Rüthen** die Rüthener Grünsandsteinwerke. Zureise unterlassen. Tarifsache.

6. Gau: In **Tiefenstein**, Granit-Werk der Firma Schwarzwälder Bauindustrie, G. m. b. H., Oberlauchringen.

*

Sperrnotizen wegen schwebender Lohnverhandlungen ohne besondere Vorkommnisse finden keine Aufnahme.

Von den Gefahren der Steinbruchsarbeit. Aus einem Steinbruch in der Umgebung von **Lethmate** (Rheinland) meldet unterm 9. Februar die Tagespresse: Als in einem Steinbruch ein Bohrer mit dem Abbrechen von lockeren Steinmassen beschäftigt war, stürzte plötzlich ein großer Stein in die Tiefe. Der Steinbrucharbeiter Hermann Kowski wurde von diesem so schwer gegen den Kopf getroffen, daß er einen schweren Schädelbruch davontrug, an dem er kurz nach der Einlieferung in das Krankenhaus verstarb.

*

Am 8. Februar verunglückte im Steinbruch Trogtal, der Harzer Pflastersteinbrüche **Langelsheim**, der Kollege August Brämer, Wolfshagen, im Alter von 22 Jahren durch plötzlich herabrollende gefrorene Steine und Schuttmassen. Brämer war sofort tot! Inwieweit ein Verschulden von irgendeiner Seite vorliegt, muß die Untersuchung ergeben.

Aus dem 2. Gaubezirk (Schlesien). In Liegnitz fand vom 11. bis 14. Februar ein Verbandskursus statt. Die 46 gemeldeten Teilnehmer waren vollzählig erschienen. Ein Vorgang, den wir bisher bei keinem Kursus konstatieren konnten. Es zeugt dies von Aufmerksamkeit der Zahlstellen, die auch sonst, wenn der oder die ursprünglich Auserwählten durch irgendwelche Vorkommnisse verhindert waren, ganz richtig und selbstverständlich Ersatz aus der Zahlstelle vorgesehen hatten. Der Kursus fand im Liegnitzer Volkshaus statt. Von den Teilnehmern waren 4 ledig, die übrigen also verheiratet.

Das Alter der Teilnehmer war bei 10 Kollegen bis 25 Jahre, bei 16 zwischen 26 und 30 Jahre, bei 14 zwischen 31 und 35, bei 2 zwischen 36 und 40 und 4 Kollegen waren zwischen 40 und 50 Jahre alt.

Die Verbandsmitgliedschaft war bei 15 Teilnehmern bis 5 Jahre, bei 24 Teilnehmern bis 10 Jahre, bei 2 bis 15 Jahre und bei 5 Teilnehmern über 15 Jahre.

Nach der Erwerbstätigkeit befragt waren 12 Steinmetzen, 18 Steinbrecher, 8 Schotter- und Hilfsarbeiter, 6 Pflastersteinschläger, 1 Schleifer und 1 Steinsetzer. Daß bei diesem Kursus nur ein Kollege aus dem Steinsetzgewerbe vertreten war, liegt natürlich nicht an der Kursusleitung, sondern an der Unaufmerksamkeit der in Frage kommenden Gauleitung, die auf die Aufforderung zur Meldung nicht reagiert hat.

Nach Funktionen befragt waren vertreten 8 Vorsitzende, 5 Kassierer, 2 Schriftführer, 1 Revisor, 13 Betriebsratsmitglieder, 9 Hilfskassierer, Beisitzer, Ortsausschußdelegierte und 8 Teilnehmer hatten gegenwärtig keine Verbandsfunktion.

Nach der politischen Mitgliedschaft befragt, ergab sich, daß 35 Teilnehmer zur SPD zählten, 1 Teilnehmer zur KPD, und 10 waren politisch nicht organisiert.

Auch dieser Kursus hinterließ den besten Eindruck, was Aufmerksamkeit, Aufnahme des Vorgetragenen und Aussprache betrifft. Besonders gut ist unter den Teilnehmern auch die politische Organisation; hatten wir doch schon Kurse, wovon 50 und mehr Prozent der Teilnehmer keiner politischen Organisation angehörten. Der hier in Frage kommende Kursus ist ein Beweis von der Verankerung der proletarischen Bewegung unter den dortigen Verbandsmitgliedern. Das ist gut so!

Frankfurt a. M. Nachdem nun seit dem 1. Januar 1929 die Einheit im Organisationsverhältnis der Pflasterer auch im Wirtschaftsgebiet Frankfurt a. M. hergestellt ist, haben sich auch unsere Kollegen im Unterwesterwald zusammengefunden und als Zahlstelle Montabaur, der zuständigen Organisation, dem Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands angeschlossen. Der Geist, der unter den sich dem Verband angeschlossenen Kollegen herrscht, läßt hoffen, daß in nicht allzuferner Zeit sich auch der letzte Kollege aus dem Unterwesterwald dem Steinarbeiterverband angeschlossen hat. Das bedeutet, daß sich die Front der organisierten Pflasterer immer mehr und mehr schließt und wir dadurch im kommenden Frühjahr viel eher den mißlichen Zuständen auf den Landstraßen begegnen können, als dies in den letzten Jahren geschehen konnte. Auch die Pflastererkollegen vom Unterwesterwald kennen die Verhältnisse, wie sie sich in den letzten Jahren auf den Landstraßen in einzelnen Gebieten Südwestdeutschlands herausgebildet haben. Sie lehnen es ab, in Zukunft über die gesetzliche Arbeitszeit hinaus zu arbeiten, sie wollen mindestens soviel verdienen, daß die Familie zu Hause leben kann, denn auch bei den Kollegen kommen in den meisten Fällen zwei Haushalte, die es zu erhalten gilt, in Frage; die Familie zu Hause und der Kollege draußen auf der Landstraße. Mitunter kommt er wochen- und monatelang nicht zu seiner Familie. Hier gilt es, in diesem Jahre den Hebel anzusetzen und Tarifverträge zu schaffen. Das können wir aber nur erreichen, wenn jeder einzelne Kollege der Organisation gegenüber seine Pflicht erfüllt. Auch haben wir die Verpflichtung, für die Zukunft dahin zu wirken, daß der Lehrlingszüchterei Einhalt geboten wird. Denn bei einer Anzahl von Pflastermeistern im Bezirk Frankfurt a. M. sind mehr Lehrlinge als Gesellen beschäftigt, die zum größten Teil keine dreijährige Lehrzeit durchmachen, sondern nach ganz kurzer Zeit als Pflasterer auf den Landstraßen verwendet werden. Die Arbeit von diesen Kollegen ist in den seltensten Fällen geeignet, die Achtung für unseren Beruf bei den Behörden zu erbringen, die unserem Pflastererhandwerk gebührt. Deshalb, Kollegen, alle Mann an Bord, dann werden wir schon, gemeinsam mit unserer Organisation, dem Zentralverband der Steinarbeiter, allen Schwierigkeiten Herr werden.

Perleberg. Die Generalversammlung war von den Kollegen sehr gut besucht. Das ist ein Zeichen, daß sich die gewerkschaftliche Organisation auch in unserer etwas trägen Westprignitz immer mehr durchsetzt, die Kollegen den Wert des Verbandes immer mehr und mehr erkennen. Von den Kassengeschäften nahm man Kenntnis. Da diese in Ordnung waren, wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Die Wahl des Vorstandes ergab Wiederwahl der alten Kollegen. In kurzen Zügen gab Kollege Schimkewitz einen Rückblick auf das verflossene Jahr. Eine Lohnforderung, die gestellt wurde, in der 15 Prozent Zulage verlangt wurden, mußte vor dem Schlichter in Potsdam ausgetragen werden; es wurden dann 18 Prozent erreicht. Im übrigen war das Jahr 1928 ein ruhiges Jahr. Angeregt wurde, darauf hinzuarbeiten, daß der Tarifvertrag für Brandenburg auch bei uns in Ost- und Westprignitz Geltung hat. Hingewiesen wurden die Kollegen, immer das Kleben der Wohlfahrtsmarken zu verlangen. Die Mitgliederbewegung ist auch bei uns in stetem Aufschwung; am 31. Dezember 1927 waren 12, am 31. Deember 1928 dagegen 22 Kollegen organisiert. In der Versammlung konnten vier Kollegen aufgenommen werden, so daß jetzt 26 Kollegen in der Zahlstelle organisiert sind. Dem Antrag der Wilsnacker Kollegen, die nächste Versammlung im schönen Bad Wilsnack abzuhalten, wurde stattgegeben; sie findet am Sonntag, dem 7. April statt.

Bernburg. Generalversammlung am 13. Januar 1929. Auf der Tagesordnung standen 5 Punkte. Kollege Träger begrüßte die anwesenden Kollegen. Das Protokoll von der letzten Versammlung wurde verlesen. Kollege Otto Böttcher gab einen kurzen Ueberblick über die Verbandstätigkeit am hiesigen Orte. Anschließend gab er den Kassenbericht vom 4. Quartal 1928, der von den Revisoren geprüft und für richtig befunden war, somit wurde dem Kassierer einstimmig Entlastung erteilt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresschluß 322. Aus dem 3. Punkt war zu ersehen, daß der Vorstand das Vertrauen der Kollegen besitzt; denn er wurde einstimmig wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Richard Dolz, Otto Rehfeld jun. und Hermann Müller gewählt, als Beisitzer die Kollegen Paul Schmidt und Paul Haase. Als Delegierter zum Ortsausschuß wurde der Kollege Richard Schulze gewählt, in die Lohnkommission die Kollegen Wilhelm Träger, Friedrich Paschlebe, Otto Heinicke, Robert Steinkopf und Wilhelm Hundt. Auch wurde nur Mitteilung gemacht, daß am 27. Januar eine Bezirkskonferenz in Köthen stattfindet. Der Vortrag des Kollegen Linke über modernes Verkehrswesen und neuzeitlichen Straßenbau wurde mit vielem Interesse aufgenommen. Eine Aussprache darüber war nicht notwendig, da es Kollege Linke jedem einzelnen Kollegen verständlich machte. Zu Punkt 5 gab der Geschäftsführer Wolf der Ortskrankenkasse für den Kreis Bernburg eine Aufklärung über Beitragszahlung und Leistung der Krankenkasse. Nach einer sehr regen Aussprache der Kollegen wurde folgender Antrag des Kollegen Träger angenommen. Der Vorstand der Ortsverwaltung möge den Vorstand der Kreiskrankenkasse ersuchen, nicht den Durchschnittsverdienst von 4 Wochen als Beitragszahlung anzusehen, sondern von einem Vierteljahr. Nachdem noch eine kurze Besprechung des engeren Vorstandes stattgefunden hatte, war Schluß der gutbesuchten Versammlung.

Beucha. Am 12. Januar fand im Feldschlößchen zu Beucha unsere Generalversammlung statt, die im Hinblick auf die große Arbeitslosigkeit gut besucht war. Tagesordnung: 1. Jahresbericht; 2. Kartellbericht; 3. Kassenbericht; 4. Neuwahl und 5. Verschiedenes. Eröffnet wurde die Versammlung mit dem Lied „Ich warte dein!" von Uthmann, vorgetragen vom Arbeitergesangverein, die sämtlich Mitglieder der Zahlstelle sind. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben von zwei Kollegen durch Erheben von den Plätzen geehrt. Zum 1. Punkt gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über das vergangene Jahr. Die eingeleitete Lohnbewegung konnte selbst mit Hilfe des Schlichtungswesens nicht durchgedrückt werden, so daß jetzt die Kollegen noch im tariflosen Zustand stehen. Außerdem gab es sehr viel kleine Differenzen in den Betrieben, so daß öfter das Arbeitsgericht angerufen wurde, um den Kollegen zu ihrem Rechte zu verhelfen. Zum zweiten Punkt gab

Glossen zum Berliner Asphaltkrieg

Krieg ist immer und in jedem Falle etwas Barbarisches und Scheußliches. Dieses Urteil gibt uneingeschränkt jeder ab, der an dem ungeheuren Elend des Weltkrieges nicht achtlos vorübergegangen ist. Wenn auch alte Philosophen und deren einzelne moderne Nachbeter den Krieg als den Vater aller Dinge bezeichneten und ihm somit einen schöpferischen Wesensinhalt verliehen, will trotzdem die lebende Generation diese angebliche Weisheit nicht mehr mit Löffeln in sich aufnehmen. Von der Kostprobe des Weltkrieges hat man mehr als genug. Daß die nun einmal auf allen Gebieten der Menschtätigkeit auftauchenden Gegensätze und die Lösung schwieriger Probleme als ein Ringen, als Kampf, als Krieg bezeichnet werden, daran ist wohl mehr die Armut der Sprache, als der wirkliche Inhalt und der Zweck dieser Austragung der Gegensätze schuld.

Nun, in Berlin tobt seit einigen Jahren ein erbitterter Kampf und ein Krieg um den Stampfasphalt. Der Stampfasphalt, der im Berliner Straßenwesen eine hervorragende Rolle als Straßenbefestigungsmittel spielt, soll verschwinden. Das ist das Ziel der einen Kriegspartei, die sich auf die zahlreichen Heerscharen der Kraftwagenbesitzer und Verkehrsinteressenten stützt. Der Stampfasphalt hindert die Sicherheit des Kraftwagenverkehrs. Besonders bei nassem Wetter steigert sich die Schleudergefahr der Kraftwagen auf dem schlüpfrigen Asphalt ins große und diese Schlüpfrigkeit der Straßendecke ist die Ursache manches schweren Verkehrsunfalles gewesen, der außerordentliche Schäden an Leib und Leben, sowie an Gütern zur Folge hatte. „Darum weg mit dem Stampfaphalt!" das ist das Feldgeschrei der einen Partei in diesem langwierigen Kriege. Auf der anderen Seite aber steht die andere Partei, die in erster Linie durch die Berliner Tiefbauverwaltung verkörpert wird, die die Erhaltung des Stampfasphaltes mit Nägeln und Zähnen verteidigt. Wirklich ein nicht zu verachtender Gegner. Denn sie kann sich auf ihre Autorität und in besonderem Maße auf ihre Eigenschaft als Behörde und als höchste Instanz des Berliner Straßenbaues stützen. Auch in der Republik ist es noch so, daß die Meinung einer Behörde, einer Instanz, nur durch allerschwerstes Kaliber der Gegengründe erschüttert werden kann.

Bei jedem Krieg entwickelt sich ein diplomatisches Vorspiel, daß unsrer modernen Zeit entsprechend, in höflichsten Formen auf dem Wege des mündlichen und schriftlichen Austausches der Forderungen und Ansichten der beiden Gegner erfolgt. Früher war die Menschheit nicht so gesittet, wie jetzt. Schon der alte Homer schildert uns, daß vor Jahrtausenden nicht soviel Federlesens gemacht wurde und die Formen nicht so korrekt wahrgenommen wurden, wenn man sich die Köpfe blutig schlagen wollte. Das ging damals auf viel einfacherem Wege. Die Häuptlinge und Generalstäbler traten damals vor die Front des Gegners, beschimpften diesen nach allen Regeln der Kunst, traten dann wieder an die Spitze ihrer Mannen, nicht, wie es dem jetzigen Stande der Zirilisation entspricht hinter die Kampfreihen, und der Krieg begann. Der Asphaltkrieg in Berlin hat bei seinem Beginne natürlich die modernen Formen gewählt, die einem „zivilisierten" Kriege entsprechen. Die Angreifer rückten der Tiefbauverwaltung mit Eingaben und Petitionen zuleibe. Diese schriftliche Form des Angriffs hat den Fehler, daß sie in ihrer Wirkung zu beschränkt ist, obendrein aber ist sie jene Angriffsweise, die am wenigsten in der große Masse ein Echo findet. Eingaben und Petitionen lassen sich ohne viel Geräusch in Aktendeckel einsargen, ohne daß die Oeffentlichkeit von einem beginnenden Kampfe etwas spürt. Bei der Verwendung dieser Waffe ist der Angreifer darum immer im Nachteil, denn die einzunehmende Festung ist so mit den Erzeugnissen der Papierindustrie verbarrikadiert, daß papierne Angriffe nicht zum Ziele führen. Die vielen Papiersohlen, Papierbrotbeutel, Papiergewebe usw. haben uns wirklich den Weltkrieg nicht gewinnen lassen. Darum ist auch durch die Verwendung von vielem beschriebenem Papier in dem Berliner Asphaltkriege von vornherein keine Entscheidung zu hoffen gewesen.

Angesichts dieser schnell erkannten Schwäche ihrer Position in dem Asphaltkriege sahen sich naturgemäß die Gegner des Stampfasphaltes nach Hilfstruppen um. Man hat aus dem Kriege gelernt. Der Erfolg ist immer noch bei den stärksten Bataillonen. Die Hilfe, die die angreifenden Kraftwagenbesitzer sich erkoren, war wirklich nicht zu verachten. Die Weltmacht „Presse" schloß sich den Reihen der Stampfasphaltgegner an. Jetzt war das Kampffeld wesentlich verändert. Lauter und stürmischer tobte der Kampf in den Zeitungen hin und her. Bezeichnend ist, daß die von provinziellen und reaktionären Hinterwäldlern verspottete „Berliner Asphaltpresse" von dem Asphalt auf den Straßen nichts wissen wollte und tatkräftig für die Angreifer Partei nahm. Argumente für und gegen den Asphalt flogen in den Spalten der Presse hin und her. Ein Erfolg aber ließ sich für keinen der Gegner sehen. Jetzt war der Krieg entbrannt, der mit unverminderter Zähigkeit geführt und der von beiden Seiten ausgenutzt wurde, ihre Positionen zu festigen. Das Hin und Her führte natürlich zur Erstarrung der Kampffronten, und das Ende war ein Grabenkrieg mit den bekannten obligaten Schlachtberichten, wo natürlich ein jeder der Sieger sein wollte.

Diese vorgetäuschte Ruhe des Grabenkrieges führte wiederum zur Verbesserung der Kampfmittel. Sagte die Tiefbauverwaltung der Stadt Berlin, daß der Stampfasphalt nicht die Ursache der verderbenbringenden Schlüpfrigkeit der Straßen sei, so verbesserte die Gegenseite ihre Position durch praktische Versuche, die der Tiefbauverwaltung die Anerkenntnis der Gefährlichkeit des Stampfasphaltes aufzwingen wollte. Fahrversuche wurden auf den verschiedensten Straßendecken von autoritativer Seite unternommen. Mit dem Zentimetermaß ausgerüstet, wurden die Bremswege der unterschiedlichsten Straßendecken bei nassem und trockenem Wetter genau gemessen und die Schleudergefahr wissenschaftlich festgestellt. Natürlich zeigte der Stampfasphalt sich bei diesen Fahrversuchen wirklich als die unsicherste Straßendecke, die die Ursache der zahlreichen Unglücksfälle war. Das war mehr als ein Bombenwurf in das Lager der Tiefbauverwaltung. Doch deren Stellung erschütterte er nicht. Im Gegenteil, die Tiefbauverwaltung holte zu nachdrücklicher Abwehr mit den gleichen Waffen aus. Durch ein Untersuchungsamt ließ die Tiefbauverwaltung gutachtlich feststellen, daß die Schlüpfrigkeit der Stampfasphaltstraßen gar nicht von dem Asphalte herrühre, sondern von dem Straßenstaub, der besonders bei nassem Wetter eine schlüpfrige Schmutzkruste über der guten Asphaltdecke bilde, die die Gefahrenquelle für den Kraftwagenverkehr sei. Genau wurde festgestellt, welche Mengenteile von Straßenunreinlichkeiten in dem gefährlichen Schmutz enthalten sind. Reinlichkeit der Straßen, unbedingte Reinhaltung besonders bei nassem Wetter, sofortiges Streuen von Sand, um die Schlüpfrigkeit zu mildern, Anbringen von selbsttätigen Sandstreuern an den Kraftwagen, das war jetzt auf dieser Seite die Losung. Das Kampffeld sollte verschoben werden. Hallo, das brachte die Gegenseite wieder in Bewegung. Die in den von der Tiefbauverwaltung gestützten Straßenschmutzgutachten vorgebrachten Gründe und Absichten wurden als nicht stichhaltig und nicht ausführbar bezeichnet. Die Straßenreinigung während der Zeit des Verkehrsstromes in einem Umfange, um den Kraftwagenverkehr vor den Schleudergefahren zu sichern, wurde als unausführbar erklärt. Auch mittels der Anwendung der sichersten Straßenreinigungsmaschinen lasse sich bei plötzlich eintretendem Regenwetter die Schlüpfrigkeit der Stampfasphaltdecke nicht abwenden. Sandstreuen bringe nur eine Vermehrung des Schmutzes und damit eine Erhöhung der Gefahren. Mit solchen Palliativmittelchen lasse sich nichts erreichen, es müssen verkehrssichere Straßendecken an Stelle des Asphaltes eingebaut werden. Weg mit dem Stampfasphalt, dieses Ziel muß erreicht werden! So reagierten die Gegner auf die Kampfargumente der Tiefbauverwaltung von Berlin, die sich von dem Stampfasphalt nicht trennen will.

Kriege können nicht ewig dauern. Und letzten Endes muß einmal den Kämpfern die Sonne des Friedens wieder lächeln. Aber hier bewahrheitet sich der alte Grundsatz, daß es ein leichtes ist, einen Krieg zu beginnen, aber sehr, sehr schwer, ihn zu beenden. Die gegnerischen Parteien finden im großen, wie im kleinen Maßstabe gewöhnlich nicht die Möglichkeit, einen Modus zu finden, der den gemeinsamen Interessen Rechnung trägt und einen annehmbaren Frieden verbürgt. Gewöhnlich tritt dann im Völkerleben ein durch den Kampf nicht geschwächter Dritter an die Streitenden heran, der sie wieder zur Vernunft bringen soll. Und auch im Asphaltkriege ist dieses erfolgt. Der Polizeipräsident Zörgiebel von Berlin, der in bezug auf das Straßenwesen anderen Ansichten huldigt, wie einer seiner adeligen Amtsvorgänger, dessen nicht vergessene Bekundung „Ich warne Neugierige" auf die damaligen unangenehmen Gefahren an der Straße aufmerksam machte, hat nun die Rolle des Friedensstifters ergriffen. In einem Schreiben an die Berliner Straßenbaupolizei hat er im vorigen Herbste um Vorschläge für Maßnahmen gebeten, die die Schleudergefahren der Kraftwagen auf Stampfasphaltdecken beseitigen. Weiter hat er im Namen des preußischen Innerministers ersucht, bei allen Straßenneuanlagen eine so rauhe Decke zu wählen, daß die Schleudergefahr der Kraftwagen bei nassem Wetter ausgeschlossen ist. Nach Empfang dieser Magistratsvorschläge will der Polizeipräsident diese unter Würdigung der finanziellen Möglichkeiten und unter Hinzuziehung von Vertretern der Studiengesellschaft für den Automobilstraßenbau und des Deutschen Straßenbauverbandes prüfen. Damit treten die Kampfhandlungen in dem Asphaltkriege in ein friedlicheres Stadium. Zwar ist der Frieden noch weit und an der Front flackert die Kampftätigkeit noch ab und zu merklich auf.

Im November 1928 konstituierte sich auf Grund dieses Eingreifens des Berliner Polizeipräsidenten ein Magistratsausschuß zur Prüfung der von allen Seiten gegen den Stampfasphalt erhobenen Einwände. Die Möglichkeit ist durch die Errichtung dieses Ausschusses gegeben, daß seine Arbeiten schließlich doch den Frieden in dem Asphaltkriege herbeiführen werden. Zwar scheint innerhalb dieses Ausschusses jetzt noch keine besonders friedliche Stimmung vorhanden zu sein, denn die Tiefbauverwaltung hat diesem Ausschusse eine Denkschrift vorgelegt, deren Vorschläge von der Gegenseite als völlig ungenügend bezeichnet und bekämpft werden. Auch den Außenstehenden erscheinen die Gründe der Tiefbauverwaltung, die sie für die weitere Beibehaltung des Stampfasphaltes anführt, auf sehr schwachen Füßen zu stehen. Denn letzten Endes ist der Sinn der Denkschrift: es bleibt alles beim Alten. Den Frieden in dem Asphaltkriege aber wird diese Einstellung nicht bringen. Denn der Verkehr mit seinem immer mehr wachsenden Ungestüm wird sich die Straßen erzwingen, deren er benötigt:

Aber damit ist die Lösung dieser Fragen in keiner Hinsicht weiter gediehen. Der Krieg wird frischfröhlich weiter geführt. Instanzen lassen sich auch von der Verkehrsentwicklung nicht so leicht überrennen, wenn sie auch einen Standpunkt einnehmen, der sich mit dieser Entwicklung nicht verträgt. Die Steinstraße als Groß- und Kleinpflaster, verbessert durch Fugenausguß mit Bitumen oder Zement, hat auch in Berlin ihre Vorteile in vollem Maße gezeigt. Ist es da so schwierig, dieses Problem zur Lösung zu bringen, wenn in Berlin solche Straßendecken vor gar nicht zu langer Zeit eingebaut und sich als vollkommen verkehrssicher, wirtschaftlich und dem Großstadtverkehr als widerstandsfähig, ohne schädigende Begleiterscheinungen zu zeigen, erwiesen haben? Aber das Nächstliegende findet man bekanntlich immer zuletzt. Und darum glauben wir, daß der Frieden im Asphaltkriege noch sehr lange auf sich warten lassen wird, wenn dem Kraftwagenverkehre nicht die von ihm geforderte Straßendecke gesichert wird.

hl.

Kollege Holdt einen Bericht über die Arbeit im Brandiser Kartell. Der größte Wert wurde auf die Betriebsratswahlen sowie auf die Schulung der Betriebsräte gelegt, für die es ein besonderer Vorteil ist, wenn sie mit den Gesetzen vertraut sind. Auch dort wurde ein gutes Stück Arbeit geleistet, was für die hiesige Arbeiterschaft von Nutzen war. Zum 3. Punkt gab Kollege Adler den Kassenbericht, woraus zu ersehen war, daß auch im vergangenen Jahre gut und sparsam gewirtschaftet wurde. Ihm wurde von der Versammlung einstimmig Entlastung erteilt. Die alte Verwaltung wurde wiedergewählt. Nach vollzogener Wahl ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, kräftig mitzuarbeiten und die Ortsverwaltung zu unterstützen. Die in die Verwaltung Gewählten ersuchte er dafür zu sorgen, daß in diesem Jahre ein sachliches, gutes Arbeiten zustandekomme, woraus die Zahlstelle nur Nutzen ziehen kann. Zum 5. Punkt gab der Bezirksleiter Lohan einen Bericht von der Verhandlung, die mit den Unternehmern am 11. Januar 1929 in Leipzig stattfand. Mit der größten Empörung nahm die Versammlung das Verhalten der Unternehmer entgegen, und es war klar zu sehen, daß die Geduld der Kollegen zu Ende ist. Kollege Lohan ging dann zu einem Vortrag über und erläuterte die wichtigsten Stellen im Arbeitsrecht. Die verschiedenen Fälle, die er auf den Arbeitsgerichten durchgefochten hat, waren für Funktionäre sowie für Betriebsräte von großem Wert und auch sehr lehrreich für jeden einzelnen Kollegen. Die kürzlich erlassene Verordnung über Arbeitslosenversicherung wurde von ihm ebenfalls erläutert und Richtlinien gegeben, so daß die Steinarbeiter auch hier vor Schaden bewahrt bleiben. Kollege Oswald als Vertreter in der Krankenkasse gab einen Bericht über die Tätigkeit unserer Kollegen im Vorstand sowie im Ausschuß. Es entspann sich hierüber eine sachliche Debatte, aus der sich unsere Vertreter ihre künftige Einstellung herausnehmen konnten. Ferner wurde beschlossen, da dieses Jahr die Zahlstelle das 30jährige Stiftungsfest feiert, an diesem Tage einen Kunstabend zu veranstalten. — Zum Schluß richtete der Vorsitzende noch einige Mahnungen an die Kollegen und sprach den Wunsch aus, in jeder Versammlung eine solche gewerkschaftliche Disziplin zu bewahren, wie das heute der Fall war. Mit dem schönen Liede „Brüder zur Freiheit" von Scherchen fand die Versammlung einen würdigen Abschluß.

Annen i. W. Am 13. Januar tagte im Lokal Ripp eine mäßig besuchte Versammlung. Die Zahlstelle Herdecke war durch zwei Kollegen vertreten. Kollege Bork gab einen kurzen Bericht von dem Stande der Lokalkasse, der befriedigend ist. Am Jahresschluß wurden 23 erwerbslose Mitglieder gezählt. Abgereist sind wegen Stillegung aller Betriebe 13; im ersten Quartal werden voraussichtlich wieder alle Kollegen voll beschäftigt werden. Der Berichtende hofft, daß sich dann die Kollegen in allen Betrieben restlos in unseren Verband aufnehmen lassen. Es ist unangebracht, wenn Kollegen, die in den Steinbrüchen beschäftigt sind, einer fremden Organisation angehören. Der Vorsitzende, Kollege Schaffner, ging dann zum Geschäftsbericht über. Vom 17. Mai 1928 bis 12. Januar 1929 wurden 15 Rechtsfälle erledigt, die sich zusammensetzen aus Zivilrecht, Steuer- und Mietssachen, Krankenversicherungen, Arbeitsvertrag, Arbeitslosenversicherungen und sonstige Angelegenheiten. Anträge und Schriftstücke wurden 35 erledigt. An Nichtmitglieder wurde in 10 Fällen Auskunft erteilt. 8 Sonntagsversammlungen fanden statt. 2 Platzversammlungen wurden abgehalten und eine Bezirkskonferenz. In 3 Versammlungen war der Gauleiter anwesend. In reger Aussprache wurden noch manche Gedanken geklärt, erläutert und vertieft. Zunächst wurde die praktische Organisationsarbeit besprochen. Es soll darauf Bedacht genommen werden, daß die jugendlichen Kollegen in jeder Hinsicht an den gewerkschaftlichen Arbeiten der älteren Mitglieder teilnehmen sollen. Eine Jugendgruppe soll in nächster Zeit gegründet werden. Alsdann schritt man zur Vorstandswahl. Vorsitzender und Kassierer wurden einstimmig wiedergewählt. Als Schriftführer fungiert im kommenden Geschäftsjahr der Kollege Roggenbach. Der bisherige Schriftführer wurde wegen Interesselosigkeit seines Postens enthoben. Zum Unterkassierer wählte man den Kollegen Lapp, der neben dem Kollegen Heinz auch als Revisor täig ist. 2. Vorsitzender wurde der Kollege Kohl. Zum Kartelldelegierten wurde der Vorsitzende bestimmt. Zum Stellvertreter Kollege Bork. Auf die Erwerbslosenmarke kommt ein Lokalzuschlag von je 5 Pfennig. Es befremdete die Versammlung, daß verschiedene Kollegen gegen die Versammlungsbeschlüsse handeln. Zuwiderhandelnde werden in Zukunft ausgeschlossen. Die Sperre über die Firma Wigmann bleibt wegen Nichtzahlung ausstehender Löhne bestehen. Gegen die Firma ist bereits vom Arbeitsgericht Bochum ein Urteil zur Zahlung gefällt worden. Bei Uneinbringlichkeit erfolgt Zwangsvollstreckung. Von der Versammlung wird gerügt, daß verschiedene invalide Bergarbeiter in den Steinbrüchen unter Tarif arbeiten, den Weg zur Organisation aber haben sie bisher noch nicht gefunden. Das bisherige Lokal wurde einstimmig wieder gewählt. Die Versammlungen finden jeweils am 1. Sonntag im Monat statt, und zwar um 10 Uhr.

Hiddesen. Am 13. Januar fand hier unsere Generalversammlung statt. Im ersten Punkt gab Kollege Kligge Bericht über Quartals- und Jahresabrechnung. Diese wurden für richtig befunden. Daraus geht hervor, welche Vorteile die Mitglieder auch in finanzieller Hinsicht vom Verbande haben. Es wurden im verflossenen Jahre 600 Mark an Unterstützungen ausgezahlt, davon 300 Mark im letzten Quartal. Um außerordentliche und Notfallunterstützungen durchführen zu können, ohne die Lokalkasse allzusehr zu belasten, wurde auf Antrag des Kollegen Kligge beschlossen, ab 1. Februar einen Extrazuschlag von 10 Pfg. zu den Beitragsmarken zu erheben. Als 2. Punkt gab Kollege Zörerbauer den Kartellbericht über Praxis des Arbeitsgerichtes. Auch daraus war zu ersehen, was durch festen Zusammenschluß der Arbeiter in den freien Gewerkschaften alles erreicht werden kann. Als 3. Punkt war die Vorstandswahl vorgesehen. Es wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Im nächsten Punkt wurde zu den Differenzen zwischen der Firma Schneidewind, die sich inzwischen dem lippischen Arbeitgeberbund angeschlossen hat, und der Zahlstelle Stellung genommen. Die Firma hat vereint mit ihrem Arbeitgeberbund einen Tarifvertrag ausgearbeitet, der eine Herabsetzung der Stundenlöhne um 40 Prozent vorsieht. Die Zahlstelle ist aber der Ansicht, diesen geplanten Lohnabbau unter allen Umständen zurückzuweisen. Bei zwei schon vorausgegangenen Schlichtungsausschußsitzungen konnten wir durch die Schuld der Firma keine Einigung erzielen. Im Punkt Verschiedenes wurden zu der am 14. Januar neuerdings stattfindenden Lohnverhandlung mit obenerwähnter Firma die Kollegen Kligge und Zörerbauer in die Lohnkommission gewählt. Mit der Mahnung, auch fernerhin dem Verbande treu zu bleiben, um weiteren Kämpfen geschlossen gegenüberzustehen, schloß Kollege Kligge die Versammlung.

Aus dem Granitwerkstein- und Pflastersteinbezirk des Odenwalds. Wiederholt laufen Anfragen und Arbeitsangebote hier ein von Kollegen aus den anderen Granitgebieten Deutschlands. Wir können dies den Kollegen ja nicht verübeln, galt doch der Odenwald schon in früheren Jahren als Winterquartier für die in den kälteren Gegenden beschäftigt gewesenen Granitwerkstein- und Pflastersteinarbeiter. Wenn es für die „Reinarbeiter" (Steinmetzen) sonst nichts zu machen gab, zum allermindesten doch die bekannte Odenwälder Winterspezialität „Randsteine". Seit Mai 1928 hat sich die Lage vollständig verändert. Arbeitslosigkeit, die man im Odenwald nicht kannte, hielt Einzug, und sie läßt sich trotz aller Eingaben an die Länder und Kommunen nicht wieder verdrängen. Gewiß wären von den genannten Stellen Arbeiten zu vergeben; aber der Staats- und Gemeindesäckel leidet an der Auszehrung und wird voraussichtlich sich sobald nicht erholen können. Die Hauptabnehmer für die Odenwaldgranitprodukte greifen, wenn es nicht mehr anders geht, zu billigeren Materialien, wie Kunststein, Beton und anderem. Am schwersten betroffen ist die Pflastersteingruppe; 70 Prozent der Kollegen dieser Gruppe sind arbeitslos; einige Betriebe liegen schon seit August 1928 ganz still. Die Werksteinarbeiter in den Brüchen kommen an zweiter Stelle, die Gründe hierfür sind bereits angeführt. Dagegen ist in der Schleifereigruppe noch etwas Geschäftsgang, so daß arbeitslose Kollegen aus dem Bezirk dort Unterschlupf finden konnten. Einzelne Werke haben sich sogar zu Schleifereibetrieben umgestellt und konnten so ihre Belegschaft behalten. Aber trotz alledem sind noch nahezu 200 Arbeitslose hier, davon entfallen auf den Bereich der Zahlstelle Kirschhausen, die bei der letzten Abrechnung 202 Mitglieder meldete, allein 70 Kollegen. Mag der strenge Winter, den wir im Odenwald weniger kennen, auch sein Teil Schuld mit beitragen, dann bleibt aber immer noch die Frage offen „Wann wird das Gespenst der Arbeitslosigkeit gebannt sein?" Aus Vorstehendem dürften die Kollegen ersehen, daß zur Zeit Arbeitsangebote hierher zwecklos sind. — Was hier vom Odenwald berichtet wird, trifft auf fast alle Hartsteinbezirke zu und ist zu beachten, um sich vor Enttäuschungen zu schützen.

Heinersdorf. Am 12. Januar fand unsere Jahreshauptversammlung statt, leider war der Besuch nicht glänzend. Die Interesselosigkeit nimmt überhand, so daß, wenn es so weiter geht, die Vorstandschaft gezwungen ist, nur im engeren Kreise zu beraten. Aber den Kollegen, die nur ans Nörgeln denken, möchte man zurufen: Wenn euch die Arbeit, die die Betriebsvertretung leistet, nicht genügt, so tretet ihr an die Stelle. In der Agitation müssen alle Kollegen Unterstützung leisten, denn ohne unsere Nachbarkollegen von Förtschendorf und Welitsch kommen wir in der Tariffrage nicht vorwärts. Darum an die Arbeit.

Nebra. Am 5. Januar fand unsere Jahresversammlung statt. Tagesordnung: 1. Abrechnung über das 4. Quartal. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. Zuvor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gab der Vorsitzende einen kurzen Ueberblick über die Entwicklung der Zahlstelle im vergangenen Jahr. Wir können da mit Befriedigung feststellen, daß alle Kollegen bis auf einen Junggesellen dem Verbande angehören. Zu Punkt 1 wurde nun festgestellt, daß Kassen- und Buchführung in bester Ordnung und von den Revisoren geprüft war. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Die Vorstandswahl ergab die Kollegen F. Marquardt als Vorsitzenden und Kassierer, K. Fritsche als Schriftführer, O. Fritsche und K. Hochleiter als Revisoren. Genannte versprechen, zum Wohle unseres Verbandes zu arbeiten. Unter Verschiedenem kamen kleinere Angelegenheiten zur Sprache, die geregelt wurden. Betreffs der staatlichen Erwerbslosenunterstützung kam es zu längerer Debatte und wurde eine entsprechende Resolution nach lebhafter Aussprache einstimmig angenommen. Zum Schluß wurde noch daran erinnert, daß kein Kollege die Steuerreklamation versäume. Darauf schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung mit der Bitte, auch im neuen Jahre kräftig für unseren Verband zu arbeiten.

Greifswald. Am 13. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung ab. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Bericht und Anträge. 3. Kassenbericht. 4. Wahl des Gesamtvorstandes. 5. Verschiedenes. Unter Geschäftlichem wurde ein Schreiben von der „Freien Steinsetzerinnung" Stralsund verlesen betreffs Neuwahl des Gesellenausschusses am 17. Januar. Kollege Bötther fährt zu dieser Sitzung nach Stralsund. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gab Kollege Hagemann den Kassenbericht. Anschließend hieran wurde die Sonderfürsorge besprochen und scharf kritisiert, weil es ein Rückschritt in der Sozialgesetzgebung ist. Eine Resolution wurde einstimmig angenommen. Den Kassenbericht gab unser Kollege Huwe, dem von der Versammlung Entlastung erteilt wurde. In den Vorstand wurden die bisherigen Kollegen wiedergewählt. Die Neuwahl der Wohlfahrtskommissionsmitglieder wurde auch vorgenommen. In diese wurden die Kollegen Hagemann und Huwe gewählt. Unter Verschiedenem sprach Kollege Lersch über die Steuerrückzahlung für 1928. Nach weiteren Erledigungen im Punkt Verschiedenes wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Rostock. Am 12. Januar tagte unsere Generalversammlung in der Philharmonie. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal. 2. Jahresbericht. 3. Mitteilungen. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der verstorbenen Kollegen Retkowsky und Düwel in üblicher Weise geehrt. Sodann gab Kollege Klähr die Abrechnung vom 4. Quartal. Von den Revisoren wurde bestätigt, daß alles in gewohnter, bester Ordnung vorgefunden wurde. Dem Kollegen wurde Entlastung erteilt. Nun gab der Vorsitzende Kollege Schütt einen Bericht über unsere Bewegung im verflossenen Jahre. Im 3. Punkt verlas der Vorsitzende verschiedene Mitteilungen, unter anderem auch den Urteilsspruch vom Arbeitsgericht betreffs der Firma Ehmke und des Kollegen Kniep. Dir Firma Ehmke wurde verurteilt, 126,40 Mark an den Kollegen Kniep zu zahlen und 49,96 Mark Wohlfahrtsgelder ebenfalls. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden von der Schleifereigruppe die Kollegen Schütt als 1. Vorsitzender, Klähr als Kassierer, Mohr als Schriftführer, Hoßmann als Revisor, Lieb und Jacobs als Hauskassierer, einstimmig wiedergewählt. Von der Straßenbaugruppe wurden die Kollegen Meier als 2. Vorsitzender und Schawert als Revisor gewählt. Als Ersatzmänner wurden noch die Kollegen Müller für den 2. Vorsitzenden, Paulewert für die Revisoren, Fischer und Pagenkopf für die Hauskassierer gewählt.

Der Punkt „Verschiedenes" veranlaßte eingehende Aussprache; den Ortszuschlag auf 10 Pfennig zu erhöhen, wurde abgelehnt. — Zur Ehrung der Kollegen Thomas Menzel, Wilhelm Jacobs, Ludwig Schünemann, Paul König, Karl Nettelbeck, August Göldenitz und Johann Schmidt, die in diesem Jahre auf eine 25jährige Mitgliedschaft in unserer Organisation zurückblicken, soll ein kleines Fest veranstaltet werden. Zum Schluß wurde der schlechte Versammlungsbesuch allgemein gerügt und angeregt, eine Strafe für die Kollegen einzuführen, die weniger als die Hälfte der Monatsversammlungen besuchen, und diesen Kollegen die eingeführte Weihnachtsunterstützung zu entziehen. Hierüber soll in der nächsten Versammlung Beschluß gefaßt werden.

Schneidemühl. Die Filiale hielt am 9. Januar Generalversammlung ab. Im Punkt Vorstandswahl wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Revisoren: Hermann Klüsk und Paul Miehlke. Beisitzer: Georg Boldt. Der Kassierer, Kollege Hammling, gab einen klaren Bericht über Einnahmen und Ausgaben im verflossenen Jahre. Die Revisoren erkannten alles für richtig. Entlastung einstimmig. Die Filiale freut sich, einen Barbestand von 450,76 Mark in das neue Jahr übernehmen zu können. Dann wurde die Lehrlings- und Tariffrage behandelt. Eine Lohnkommission wurde gewählt und beschlossen, nur mit tariftreuen Unternehmern Lohnverhandlungen zu führen. Kollege Heyn hielt es für angebracht, die Fahne jetzt endlich zu bestellen. Die Filiale möge weiterhin gedeihen. Das wurde durch ein Hoch bekräftigt.

Büchlberg. Am 5. Januar fand im Gastlokal Eibl unsere Generalversammlung statt. 23 Kollegen waren erschienen. Zuerst gab der Kassierer, Kollege Neumüller, die Abrechnung, die von den Revisoren für richtig erklärt und dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Dann wurde zur Wahl der Ortsverwaltung geschritten. Vorsitzender und Kassierer blieben die gleichen. Kollege Max Hasnöhrl wurde 2. Vorsitzender. Zum Schriftführer wurde Kollege Albert Schmid und als Revisoren die Kollegen Michl Probst und Fritz Lerchl gewählt. Unter „Verschiedenem" wurde ein Schreiben vom Gauleiter Kollegen Schmidt verlesen, das wichtige Mitteilungen aus dem Organisationswesen enthielt, uns ferner ermahnt, in der Agitations- und Werbearbeit auch im neuen Jahre nicht zu erlahmen, da noch zwei Drittel der Steinarbeiter des Bayrischen Waldes unorganisiert sind. Es wurde beanstandet, daß die Versammlung so schlecht besucht war und manche Kollegen überhaupt lieber zu bürgerlichen Veranstaltungen gehen, als zur Gewerkschaftsversammlung. Auch wurde kritisiert, daß Kollegen so vielen Vereinen beitreten, daß sie die Gewerkschaftsbeiträge nicht mehr bezahlen können. Besonders für die jugendlichen Kollegen nichts Rühmenswertes. Nachdem noch mehrere örtliche Angelegenheiten besprochen wurden, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Neubrandenburg. Am 12. Januar fand unsere Mitgliederversammlung im Tivoli statt. Die Vorstandswahl ergab auf allgemeinen Wunsch, daß der alte Vorstand wiederum sein Amt behält. Neugewählt als Kartelldelegierter Kollege Bukow, als Revisoren Beschner und Grambow. Der Vorsitzende ermahnte die Kollegen unter Punkt Verschiedenem, die Fachzeitung fleißiger zu lesen und das Kollegialische untereinander besser zu wahren und zu pflegen, auch mit den Beiträgen pünktlicher zu sein. Mit einem Hoch auf unseren Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Langenalthaim. Am 12. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Quartalsbericht. 2. Neuwahl der Verwaltung. 3. Verschiedenes. Kassierer Kollege Mößner gab Bericht, der ohne Debatte angenommen wurde. Als Vorsitzender wurde gewählt Friedrich Hahn, als Kassierer der bisherige, als Schriftführer Bartel, als Revisoren Rauh und Mößner, als Kartelldelegierte Beck und Reichert. Dann appellierte der Vorsitzende nochmals an die Kollegen betreffs der Extrasteuermarken Einige örtliche Angelegenheiten wurden noch vor Schluß der Versammlung geregelt.

Insterburg. Am 13. Januar fand die Generalversammlung mit den Steinsetzern im Baugewerksbund statt. Tagesordnung: 1. Einigungsfrage. 2. Wahlen. 3. Beschluß über vorhandene Strafgelder. 4. Bezirkskonferenz und Verschiedenes. Die Einigungsfrage wurde vom Bezirksleiter Kollegen Kasper geklärt. Die Aussprache ergab nichts Wesentliches. Aus den Wahlen ging als 1. Vorsitzender der bisherige, als 2. Vorsitzender Koll. Otto Wolk, als Kassierer auch der bisherige, als Schriftführer Kollege Julius Klein, als Revisoren die Kollegen Albert Bartschat und Hermann Bamzus hervor. Bei der Gründung unserer Filiale waren 30 Mitglieder beisammen, wir wollen aber durch Agitation versuchen, den Mitgliederbestand zu erhöhen. Zur Bezirkskonferenz in Königsberg wurde Kollege Heyer gewählt. Dem Verbande geloben Mitglieder wie Funktionäre die Treue.

Goldap. Am 13. Januar fand hier Jahresversammlung statt, 70 Prozent der Mitglieder waren anwesend. Der Vorsitzende, Kollege Steppat gab den Jahresbericht, worin er die Kämpfe der Arbeiterschaft in Deutschland wie in andern Ländern schilderte. Die Wahlen im Mai, die großen Streiks und Aussperrungen zeugen vom Kampfeswillen der Arbeiterschaft. Unser Verband führte den schlesischen Streik. Einen Mahnruf richtete er an die Restanten der Extramarken, sie wurden der Versammlung verlesen. Zum großen Teil haben die Kollegen ihre Pflicht erfüllt. Er gedachte der Gründung der Zahlstelle am 9. März 1928 und des stetigen Wachsens der Mitgliederzahl, die bei großer Säuberung 54 aktive Mitglieder zählt. Durch die Einigung mit dem BGB ist wieder gutes geleistet, gerade in Ostpreußen wird es sich auswirken. Ueberall entstehen Zahlstellen, und unser Bezirksleiter, Kollege Casper, hat voll zu tun. So können wir in geschlossener Front auf das Jahr 1929 sehen. Zum Kassenbericht wurde dem Kollegen Tischler Entlastung erteilt. Zur Bezirkskonferenz am 10. Februar wurden die Kollegen H. Karell und H. Tischler gewählt. Bei der Neuwahl wurde der bisherige Vorsitzende einstimmig als Vorsitzender und Kassierer gewählt. Als Schriftführer H. Karell. Als Beisitzer die Kollegen F. Dombrowski und O. Walhter. Als Revisoren die Kollegen R. Karell und O. Sitter. Im Punkt Verschiedenes wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: Mitglieder, die aus dem Verband austreten, zahlen bei Wiedereintritt außer dem statutarischen Beitrag, 10 Mark für die Lokalkasse. Mitglieder, die der Versammlung unentschuldigt fernbleiben, zahlen 2 Mark für die Lokalkasse. Die Saisonverordnung für die Arbeitslosen wurde scharf kritisiert und Schutz vom Verband verlangt, Steinarbeiter sind nicht Saisonarbeiter, wie uns auch das Urteil im „Steinarbeiter" bestätigt. Auch übte die Versammlung Kritik über den im „Steinarbeiter" erschienenen Artikel „Quertreibereien", solche Artikel möge die Redaktion dem Einsender zu andern Zwecken zurücksenden. (Redaktion: Die Mehrzahl der Verbandsmitglieder denkt darüber doch anders, folgedessen kann der hier geäußerte Wunsch nicht erfüllt werden.) Die nächste Mitgliederversammlung findet am 17. Februar, 9 Uhr, bei Tiehl statt.

Treuchtlingen. Am 13. Januar fand unsre Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Bericht des Vorsitzenden, 2. Quartalsabrechnung. 3. Bericht des Ortsausschusses und Vortrag über Arbeitslosenversicherungs- und Arbeitsvermittlungsgesetz. 4. Neuwahl der Vorstandschaft. 5. Verschiedenes. Vorsitzender eröffnet nach der üblichen Begrüßung die Versammlung und gibt einen kurzen Bericht über das vergangene Jahr für die Zahlstelle. Dann verliest Kollege Laux die Quartalsabrechnung, die für richtig befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt wird. Der Bericht des Kollegen Staudinger vom Kartell war gut gehalten. Trotzdem mit vielen Zahlen aufgewartet wurde, konnten sich die Kollegen doch ein Bild davon machen über die Wichtigkeit und Notwendigkeit der beiden Gesetze und über die Arbeit, die hier geleistet wird und noch geleistet werden muß. Bei der Neuwahl der Vorstandschaft wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. In Verschiedenem berichtet Bezirksleiter Schorr noch kurz über die Vorkommnisse im Bezirk. Es freut ihn ganz besonders, daß er von der Zahlstelle Treuchtlingen zur Versammlung eingeladen wurde, nachdem es die größeren Zahlstellen des Bezirks gewöhnlich nicht für notwendig halten. Er gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Kollegialität und das Sichzusammenfinden noch besser wird wie bisher. Der Vorsitzende schließt die Versammlung mit dem Wunsche, daß die Kollegen auch fernerhin wirken und treu zur Sache halten.

Querfurt. Generalversammlung am 12. Januar 1929. Der Vorsitzende, Kollege Otto, eröffnete die gutbesuchte Versammlung mit 6 Punkten auf der Tagesordnung. Einwendungen gegen das Protokoll fanden nicht statt. Der Vorsitzende erstattet den Jahresbericht. Kollege Friese gab den Kassenbericht. Durch Erheben von den Plätzen wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Bei der Vorstandswahl stellte Kollege Suckardt den Antrag, den Vorstand, da er zufriedenstellend gearbeitet hat, auf seinem Posten zu lassen, das fand einstimmig Annahme. Ueber die Wohlfahrtsangelegenheit gab es eine Debatte, denn ein Kollege hat noch gar kein Geld bekommen und verschiedene Kollegen haben sehr wenig bekommen. Auf Aufklärung warten wir noch. Kollege Suckardt gab Bericht vom Gewerkschaftskartell mit der Aufforderung zum Beitritt zur Konsumgenossenschaft. Auf Antrag soll der Konsumverwalter zur nächsten Versammlung eingeladen werden. Dann wurden noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt. Anschließend fand noch ein gemütliches Beisammensein statt, um auch so die Einigkeit zu pflegen.

Rammelsbach. Generalversammlung am 20. Januar. Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht vom 4. Quartal und Neuwahl. 3. Saisonarbeitergesetz. Referent Bezirksleiter Gras. 4. Verschiedenes. Vorsitzender Weber gab den Jahresbericht, der eine rege Tätigkeit nachwies. Die Mitgliederbewegung hatte nach einzelnen Aufnahmen und Austritten keine wesentliche Aenderung erfahren und betrug am Ende des Jahres 220. Kollege Rausch gab den Kassenbericht, der einstimmige Annahme fand. Die Neuwahl hatte folgendes Ergebnis: Willi Blind, 1. Vorsitzender; Ludwig Blind, 2. Vorsitzender; Jakob Rausch, Kassierer; Ernst Reiß, 1. Schriftführer; Eugen Leonhardt, 2. Schriftführer. Ludwig Fauß II, Otto Klein, Ludwig Pleißinger, Revisoren; Ludwig Schneider, Emil Simon, Beisitzer; Jakob Leonhard, Emil Steller, Unterkassierer, Willi Blind, Ludwig Blind, Karl Kannegießer, Emil Simon, Delegierte zum Gewerkschaftskartell. Kollege Gras sprach in kurzen Worten über das Saisongesetz, über seine Entstehung und seine Auswirkung. Kollege Weber stellte die Ausführungen des Kollegen Gras zur Debatte, die sich etwas ausdehnte. Kollege Gras wies noch kurz darauf hin, daß das Jahr 1929 für uns Steinarbeiter ein hartes sei, und ermahnte die Kollegen, alles daranzusetzen, die Nichtorganisierten dem Verbande zuzuführen.

Weiterer Ausbau der Krisenfürsorge. Der Reichstag hat nunmehr einen weiteren Ausbau der Krisenfürsorge beschlossen. Die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses wurden gutgeheißen. Diese besagen:

1. Die Reichsregierung zu ersuchen: a) die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen; b) die Krisenfürsorge nach § 101 des Arbeitsvermittlungs- und Arbeitslosenversicherungsgesetzes allgemein auch auf alle Berufsgruppen zu erstrecken, wenn die Arbeitslosen die Wartezeit von 26 Wochen nicht erfüllt haben, aber 13wöchige krankenversicherungspflichtige Beschäftigung nachgewiesen haben; 2. die Reichsregierung zu ersuchen: die Unterstützungsdauer in der Krisenunterstützung für Angestellte und Arbeiter nach näherer Angabe des Reichsarbeitsministers in die Krisenfürsorge wieder einzubeziehen; 3. die Reichsregierung zu ersuchen: auf die Reichsanstalt dahin einzuwirken, daß die Anwendung des Gesetzes betreffend Sonderfürsorge für berufsübliche Arbeitslosigkeit nicht auf solche Arbeitslose erfolgt, die nur vorübergehend — besonders bei Notstandsarbeiten — mit Arbeiten beschäftigt sind, die sonst unter das Gesetz betreffend berufsübliche Arbeitslosigkeit fallen.

Dieser sozialpolitische Erfolg ist den unausgesetzten Bemühungen der Gewerkschaften im Bunde mit der Sozialdemokratischen Partei zu danken. Bei der heutigen Zerrissenheit des politischen Lebens ist es nicht leicht, Erfolge dieser Art durchzukriegen. Bekanntlich steht die Zentrumspartei schmollend beiseite; ein regelrechtes Balgen um Ministersitze ist bei den bürgerlichen Parteien entbrannt. Aber es ist ein wesentlicher Fortschritt, daß die Krisenfürsorge auf alle Berufe ausgedehnt wird. Auch die übrigen Bestimmungen des Reichstagsbeschlusses sind beachtlich. Ohne langes Geschwätz erhalten die ausgesteuerten Arbeitslosen eine sofortige Hilfe. Hoffentlich anerkennen die Arbeiter und Angestellten, welche unausgesetzten Bemühungen im Interesse der Erhaltung ihrer Arbeitskraft von den Organen der Arbeiterbewegung geleistet werden.

Das Winterwetter beeinflußt nicht nur die Saisonberufe! Dieser außergewöhnlich harte Winter, der eine Kälte mit sich brachte, die in Deutschland seit 200 Jahren nicht beobachtet wurde, beeinflußt, je länger er dauert, das gesamte deutsche Wirtschaftsleben. Von einem Arbeiten im Freien ist nur in einem ganz geringen Grade die Rede, Welche Berufe aber noch besonders beeinflußt werden, geht aus dem Bericht des Landesarbeitsamts Westfalen vom 8. Februar hervor: „Das ungewöhnlich lang anhaltende Winterwetter zeigt Auswirkungen bereits bei verschiedenen Wirtschaftszweigen, deren Abhängigkeit von der Witterung nur mittelbar ist. Das gilt z. B. von den Bautischlereien, denen einmal infolge der teilweise stilliegenden Forstarbeiten die Rohstoffzufuhr beträchtlich beschnitten ist, und deren Absatz anderseits infolge der langruhenden Bautätigkeit stark eingeschränkt wird. Das Zufrieren der Schiffahrtskanäle und das Vereisen des Rheins verursacht eine stärkere Drosselung der Kohlenförderung und eine dadurch hervorgerufene erheblichere Zunahme der Feierschichten. Die Textilindustrie und das Bekleidungsgewerbe, zwei Wirtschaftszweige, die sonst schon um diese Zeit rüstig mit den ersten Arbeiten für die Frühjahrssaison einsetzten, zeigen keine saisonmäßige Arbeitsmarktbelebung. Diese noch abwartende Haltung, besonders im Bekleidungsgewerbe, ist vielleicht nicht unwesentlich beeinflußt durch die schlechten Erfahrungen im vergangenen Jahr, wo sich in den ersten milden Herbstwochen keine Käufer fanden, und später der unerwartete Modeumschlag zum Absatz zu Schleuderpreisen zwang."

Die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe, in der Steinindustrie und selbstverständlich auch im Steinsetzgewerbe hat eine Höhe erreicht wie noch nie zuvor. In früheren Jahren begann Ende Februar fast durchweg der Straßenbau sich wieder zu regen.

Von der Utopie zur technischen Wirklichkeit. Bis in die jüngste Zeit war Holz als Rohstoff noch verhältnismäßig wenig geschätzt. Doch es ist viel zu wertvoll, um unausgenutzt in Oefen zu verbrennen. Die Erzeugung von Papier, Zellulose und Kunstseide geschieht aber fast ausschließlich aus Holz. Jetzt scheint noch eine weitere Verwendung dieses bei uns reichlich vorhandenen Rohstoffes bevorzustehen. In Stettin soll nämlich ein großes Werk zur Erzeugung von Kraftfuttermitteln aus Holz erbaut werden. Es wird hier eine Erfindung des bekannten Prof. Bergius in die Tat umgesetzt. Seit langem schweben Versuche, Holz in Zucker, Alkohol oder ähnliche Substanzen umzuwandeln. In England und Holland sind bereits Produktionsunternehmungen dieser Art errichtet worden. In Heidelberg ist unter Führung des Herrn Professor Bergius eine Gesellschaft, die Holzhydrolose-A.-G., kürzlich ins Leben gerufen worden. Bei einem Versuche in England hat man aus 100 lbs trockenen Sägespänen 65 lbs Zucker gewonnen. Man kann diesen Bestrebungen mit großem Interesse entgegensehen. Deutschland hat einen großen Bedarf an billigen Futtermitteln. Jedenfalls wird die Nutzbarmachung derartiger Erfindungen dazu beitragen, den Lebensmittelspielraum der Menschheit immer mehr zu erweitern. Es ist dies der Sprung von der Utopie zur Wirklichkeit.

Eine Waschfrau leistet so viel wie ein Holzfäller. In der „Arbeit", dieser prächtigen Monatsschrift des ADGB, werden in der Rundschau die Ergebnisse der Arbeitswissenschaft von Zeit zu Zeit veröffentlicht. Diese Uebersichten sind sehr aufschlußreich. Im Januarheft wird u. a. eine Zusammenstellung über die Beziehungen zwischen Art der Arbeit und dem Energieverbrauch gebracht. Der Energieverbrauch in je einer Stunde ist gegenüber rein statistischer Arbeit (des Müßiggängers) erhöht: bei dem Holzfäller um 160 v. H., bei der Waschfrau um 159 v. H., beim Holzsäger um 156 v. H., beim Steinhauer um 126 v. H., bei der Dienstfrau um 117 v. H., beim Stubenmädchen um 87 v. H., beim Schreiner um 68 v. H., beim Schuster um 39 v. H., bei der Maschinenschreiberin um 24 v. H. usw. — Man ersieht hieraus, daß eine Waschfrau in der Arbeitsleistung einem Holzfäller gleichzustellen ist. Die Arbeit einer solchen Frau wird in der Regel nicht sehr hoch bewertet. Und doch sollte man den Hut abziehen für die stillen Leistungen, die von tausenden und abertausenden solcher Frauen vollbracht werden. Auch die Arbeiterfrau selbst, die im Haushalt tätig ist, hat vielfach einen weit höheren Energieverbrauch als selbst die in Arbeit stehenden Männer. Ganz zu schweigen von der großen Zahl von Müßiggängern, die ihr Leben ohne Arbeit verbringen können.

Wohnungsnot nur bis 1935? Der Hauptausschuß des preußischen Landtages hat sich kürzlich auch mit dem Wohn- und Siedlungswesen beschäftigt. Staatssekretär Scheidt gab einen Ueberblick über die Bautätigkeit in Preußen. Danach wurden 1927 179 000 Wohnungen durch Neubauten geschaffen. Durch Umbau entstanden 11 700 Wohnungen, insgesamt also 190 700. Durch Brand, Abbruch usw. wurden 12 000 Wohnungen vernichtet, so daß für 1927 ein Zuwachs von 178 700 Wohnungen festzustellen ist. Das Ergebnis von 1926 wird dadurch um 50 000 überschritten. Im Jahre 1928 wurden 185 456 Wohnungen erbaut. Da die Ziffern der Wohnungen, die durch Umbau entstanden bzw. durch Abbruch vernichtet wurden, ungefähr gleich geblieben sein dürften, ist für 1928 ein Mehrzuwachs von 6500 Wohnungen zu buchen. Von den zuständigen Reichs- und Staatsstellen wird der Fehlbedarf der Wohnungen mit 450 000 für das Reich und mit 300 000 für Preußen angenommen. Wenn in Preußen jährlich weiter mindestens 180 000 Wohnungen gebaut werden, d. h. 40 000 von dem Fehlbedarf gedeckt wird, so wird angenommen, daß 1935 die Wohnungsnot behoben ist. — Eine solche Schätzung erscheint uns reichlich optimistisch. Nach objektiven Berechnungen besteht nicht ein Fehlbedarf von 450 000, sondern von rund 1 Million Wohnungen. Es ist deshalb ziemlich gewagt, anzunehmen, daß in 6 Jahren die Wohnungsnot und alles was drum und dran hängt der Vergangenheit angehören soll.

Eine **„Denkschrift über die Verwendung von Steinpflaster aus Natursteinen"** in zwei kleinen Broschüren, 1. Groß- oder Reihenpflaster, 2. Kleinpflaster, wurde ausgearbeitet vom Ausschuß „Steinstraßen" der Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau.

Von den erwähnten Broschüren resp. Denkschriften wurden nun mit Rücksicht auf die Bedeutung des Steinstraßenbaues für unsere Verbandsmitglieder und ihren Beruf eine gewisse Anzahl käuflich erworben und an die rund 1000 Kollegen zur Information gesandt, die im Kommunalwesen aktiv tätig sind (Bürgermeister, Kreis- und Bezirkstag, Stadt und Magistrat, Gemeinde usw.). Soweit die Zustellung nicht direkt erfolgen konnte, wegen Fehlens der näheren Adresse, mögen sich die Genannten die Schriften vom Zahlstellenvorstand aushändigen lassen.

In den kommenden Jahren wird die Straßenbaufrage, bedingt durch die Anpassung der deutschen Straßen an den Kraftwagenverkehr, eine weit größere Rolle in den wegebaupflichtigen Körperschaften des öffentlichen Rechtes spielen, als es bisher der Fall war. Neben der finanziellen wird insbesondere die technische Seite des Straßenbaues resp. die Wahl der Straßendecken bei der Behandlung des Straßenbaues in den Vordergrund treten. Die Interessenten der neuzeitlichen Straßenbefestigungsmittel werden bei allen ins Auge genommenen Straßenbauprojekten ihre vielseitigen, doch noch unbewährten Straßenbauverfahren ins Treffen führen. Obschon unser „Steinarbeiter" die beruflichen Interessen der Arbeiterschaft der Pflasterstein- und Schotterindustrie und des Pflastergewerbes kräftig wahrnimmt und zu allen im Straßenwesen auftauchenden Problemen Stellung nimmt, enthält die übermittelte Denkschrift wertvolle Unterlagen über den Steinstraßenbau. Bei den mit zu beeinflußenden Entscheidungen in der Straßenbaufrage in den Kommunen usw. gibt die Denkschrift im Interesse der Erhaltung der Natursteinindustrie eine gute Stütze. Die Studiengesellschaft für Automobilstraßenbau als Herausgeberin dieser Denkschrift, ist eine der maßgebendsten Stellen im deutschen Straßenbauwesen.

Versammlungen:

24. Februar: In **Berlin,** Steinsetzgewerbe, Bezirkskonferenz, 10 Uhr, Saal 5, Gewerkschaftshaus.
In **Lawaldau** (Zahlstelle Grünberg) 14 Uhr, Lokal Walter.
In **Berlin,** Grabmalgruppe, 10 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 5.

3. März: In **Frankfurt a. M. Pflastererkonferenz** des Bezirks Frankfurt a. M., 10 Uhr, Gewerkschaftshaus, Allerheiligenstr. 51 I, Zimmer 1. Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen Linke: Der Verkehr und seine Wirkung auf den Straßenbau. 2. Wahl des Gauvorstandes. 3. Stellungnahme zu den Tarifverträgen im Straßenbau. 4. Verschiedenes.
In **Schönberg** O.-L., 17 Uhr, in Hammers Lokal.
In Weißwasser, 15 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

4. März: Für **Westhofen,** 18 Uhr, bei R. Hunke in Buchholz bei Westhofen.

*

Steinarbeiter Berlins. Achtung, Kolleginnen und Kollegen aus der Marmor- und Werksteingruppe! Durch den gemeinsamen Tarif, der im Herbst 1928 von beiden Gruppen abgeschlossen wurde, haben wir nach langer Zeit Gelegenheit, unsere gemeinsamen Interessen im Hinblick des Lohnabkommens zu regeln. Die Ortsverwaltung wird die Kollegen in nächster Zeit zu einer Versammlung einladen, die Stellung nehmen wird zum Lohnabkommen. **Es ist notwendig, daß alle Organisierten beider Gruppen vom Steinmetz** bis zum Hilfsarbeiter diese Versammlung besuchen, es hat keinen Zweck, private Unterhaltungen in den Betrieben und auf dem Arbeitsnachweis zu pflegen und zum Schluß nicht aktiv mitzuarbeiten. Die neugewählten Kommissions- und Leitungsmitglieder können ihre Aufgaben nur erfüllen, wenn jedes einzelne Mitglied sich rührt. Voraussetzung zu allem ist geschlossener Versammlungsbesuch, und dort muß im sachlichen Meinungsaustausch der gangbarste und kürzeste Weg gefunden werden zur Verbesserung unserer wirtschaftlichen Existenz. Kolleginnen und Kollegen, lest diese paar Zeilen und handelt danach.

Paul Kolakowski.

Hannover I (Steinarbeiter). Auszahlung der Reiseunterstützung von 16,30 bis 18 Uhr bei Ernst Bolte, Stöckmerstraße 44, II. Jeden Freitag ist Zahlabend von 17 bis 19 Uhr im Lokal Mahrarens, Engelbosteler Damm 130.

Magdeburg. Der Steinmetz Fritz Mayn, geb. am 31. August 1906 in Bevensen, eingetreten am 1. Februar 1928, reiste von hier ab, ohne den statutarischen Verpflichtungen nachzukommen. Er hat sich bei dem Unternehmer als „Volontär" ausgegeben und unter Tarif gearbeitet. Wo der Kollege auftaucht, muß dieses beachtet werden, damit sich der Vorgang nicht wiederholt.

Verlorene Mitgliedsausweise. In **Elmshorn** das Verbandsbuch 17 389 für Friedrich Arps, Steinsetzer.

Richtigstellung. In Nr. 7 des Steinarbeiters muß es unter **Parchim** heißen: Der Inhaber Wilhelm Langhoff zog im Jahre 1928 mit einem Karussellbesitzer (Albert Bandow) umher usw. Es liegt also eine Verwechslung der Namen vor. Alles übrige ist richtig.

ADRESSEN-ÄNDERUNGEN

1. Gau (NO): **Treuenbritzen.** Vors.: Ferdinand Rode, Vogelgesangstraße 28. Kass.: Friedrich Bercht, Vogelgesangstraße 20.
2. Gau: **Schönberg (O.-L.).** Vors.: Max Janke, Mühlweg 4. — **Gnadenfrei.** Vors.: Fritz Krätzig, Bismarckstr. 15.
3. Gau: **Sohland.** Vors. u. Kass.: Adolf Hohlfeld, Nr. 693.
4. Gau: **Hildesheim.** Vors.: Heinrich Schlüter jun., Güntherstraße 32. — **Alvensleben.** Vors.: Otto Jordan, Siedlung. Kass.: Emil Ziemann. — **Hannover I** (Steinarbeiter). Vors. u. Kass.: Ernst Bolte, Stöckener Str. 44, II. — **Hannover II.** Vors.: Karl Alex, Lessingstr. 8 A. Kass.: Heinr. Beck, Mathildenstr. 14 H. II.
5. Gau: **Bonn.** Vors.: Franz Willms, Josephstr. 1.
6. Gau: **Tiefenstein.** Vors.: Jos. Fürst. Kass.: Joh. Rathberger, Steinbach, Post Tiefenstein (Schwarzwald). — **Landau.** Kass.: Heinrich Engel, Queichheim bei Landau (Pfalz), Hauptstr. 12.
9. Gau: **Nieder-Ofleiden.** Vors.: Heinrich Hormel, Schweinsberg (Oberhessen).

K. R. 1. Die Krisenunterstützung ist auf die Berufe der Natursteinindustrie insoweit ausgedehnt, daß alle Berufsgruppen, die nicht der Sonderfürsorge unterstehen, nach 26 Wochen Arbeitslosenunterstützung bei Bedürftigkeit Anspruch darauf erheben können. 2. Die 20 Wochen, die Du im Vorjahre gearbeitet hast, werden nach der Ausscheidung auf die neue Anwartschaft in Anrechnung gebracht. Du hast demzufolge nach 6 Wochen versicherungspflichtiger Tätigkeit eine neue Anwartschaft erworben.

Nachzügler. Redaktionsschluß ist Sonnabends 10 Uhr; das muß beachtet werden. Sendungen für die Redaktion adressiere man auch so.

Ein zentrales Bildungsorgan. Der Wunsch nach Schaffung eines zentralen Bildungsorgans hat den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit veranlaßt, eine Umgestaltung und Erweiterung der **„Bücherwarte"** und „Arbeiterbildung" vorzunehmen. Als Hauptorgan erscheint ab Januar 1929 in einer Stärke von 32 Seiten die bisherige „Arbeiterbildung" unter dem neuen Titel **„Sozialistische Bildung"**, während die **„Bücherwarte"** in einem Umfange von 16 Seiten als ständige Beilage mitversandt wird. Ferner wird als zweite Beilage in einer Stärke von 8 Seiten die **„Sozialistische Erziehung"** als Organ der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen und der Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde mit herausgegeben. Diese Zusammenfassung macht es möglich, sämtliche Gebiete sozialistischer Kultur- und Bildungsarbeit in einem Organ zusammenfassend zu behandeln. Während in der „Sozialistischen Bildung" in eingehenderer Weise als bisher alle theoretischen und praktischen Fragen sozialistischer Kulturarbeit erörtert werden sollen, wird die „Bücherwarte", die jetzt auch als Organ der neu geschaffenen Zentralstelle für das Arbeiterbüchereiwesen erscheint, das Gebiet der sozialistischen Buchkritik pflegen und die „Sozialistische Erziehung" die bedeutsamsten Fragen der Lehrer- und Kinderfreundebewegung behandeln.

Trotz des erweiterten Umfanges ist der Preis der Bildungszeitschrift unverändert geblieben; vierteljährlich 1,50 Mark, Einzelnummer 75 Pfg. Der Bezug erfolgt am besten durch das für die Wohnung des Bestellers zuständige Postamt, bzw. durch die Volksbuchhandlung. Es kann allen an der sozialistischen Bildungsarbeit interessierten Lesern empfohlen werden, diese Zeitschrift zu abonnieren. Probenummern stellt der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstr. 3, gern zur Verfügung.

„Ins Leben hinein". Ein Jugendweihe-Sprechchorspiel von Max Barthel, mit Jugendweiherede von Max Westphal. Preis 0,90 Mark. Arbeiterjugend-Verlag, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Platz 8. Der Arbeiterjugend-Verlag erweitert durch dieses Werk erfolgreich die **„Reihe seiner Sprechchöre"**. Es ist durch seinen Inhalt besonders für Jugendweihen, aber auch für andere Feiern geeignet.

ANZEIGEN

Tarifbezirk Berlin-Brandenburg

Steinsetzgewerbe. Bezirkskonferenz

am **Sonntag, dem 24. Februar 1929,** 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus Berlin, Engelufer 25, Saal 5.

Tagesordnung: 1. Bericht und Stellungnahme zur Wohlfahrtseinrichtung, 2. Stellungnahme zu den kommenden Lohnverhandlungen, 3. Neuwahl des Sektionsvorstandes und der Lohnkommission, 4. Gewerkschaftliches, 5. Verschiedenes. Bis auf hundert Mitglieder entsenden die Bezirke einen Delegierten, auf jedes weitere volle Hundert kann noch ein Kollege delegiert werden. Pünktliches Erscheinen erwartet **Die Schlichtungskommission.**

Berlin. Grabmalgruppe

Am **Sonntag, dem 24. Februar,** 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 5, **Vollversammlung der zur Grabmalgruppe gehörenden Kollegen.** Tagesordnung: Stellungnahme zum Lohnabkommen. Verschiedenes. Erscheinen aller ist notwendig.

Die Ortsversammlung. I. A.: O. Rümmler.

Größere Marmor- und Steinindustrie der Schweiz sucht per sofort

tüchtigen Vorarbeiter

der mit allen Arbeiten der Marmor- und Steinindustrie bekannt ist.

Gesucht werden ebenfalls:

1 tüchtiger Handpoliseur,
1 tüchtiger Maschinenpoliseur,
1 tüchtiger Marmorist.

Offerten unter Angabe der biherigen Tätigkeit mit Zeugnisabschriften an

R. Millenet, Marmor- u. Steinindustrie, Liebefeld-Bern. (Schweiz.)

Steinbruchschuhe, in bekannt guter Qualität, handgearbeitet, pro Paar Mark **14.75**

Preisliste auf Anfrage **Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg**

Pflasterhämmer
aus bestem Schweißstahl
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In **Kirchenlamitz** am 4. Februar der Steinmetz Fritz Schirmer, 62 Jahre alt, Lungentuberkulose, 22 Monate arbeitsunfähig.

In **Striegau** am 6. Februar der Hilfsarbeiter August Knoblich, 60 Jahre alt, Asthma, 7 Wochen krank.

In **Grimma** am 6. Februar die Knackschlägerin Hulda Kipping, 63 Jahre alt, Herzleiden, 14 Tage krank.

In **Berlin** am 6. Februar der Alabasterarbeiter Paul Rosenberg, 63 Jahre alt, Bronchialkatarrh, 44 Tage krank.

In **Tröstau** am 6. Februar der Brecher Georg Wilhelm, 53 Jahre alt, Magenleiden, 8 Monate krank.

In **Kassel** am 8. Februar der Rammer Heinrich Engelhardt, 45 Jahre alt, Herzleiden, 8 Monate krank.

In **Wolfshagen** am 8. Februar der Brecher August Brämer, 22 Jahre alt, Betriebsunfall.

In **Dresden** am 9. Februar der Sandsteinbrecher Gustav Panitzky, 51 Jahre alt, Lungentuberkulose, 9 Monate krank; am 10. Februar der Sandsteinbrecher Emil Füssel, 57 Jahre alt, Lungentuberkulose, 14 Monate krank; am 12. Februar der Sandsteinbrecher Friedrich Ganze, 55 Jahre alt, Lungenkatarrh, 2 Monate krank.

In **Weißenstadt** am 10. Februar der Steinmetz Johann Baumann, 53 Jahre alt, lungenkrank, 2 Jahre 5 Monate krank.

In **Strehlen** am 11. Februar der Hilfsarbeiter Karl Winkler, 69 Jahre alt, Herzschlag.

In **Wunsiedel** am 11. Februar der Granitsteinmetz Johann Pöhlmann, 53 Jahre alt, Lungentuberkulose, 28 Wochen krank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold; Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Beilage zu Nr. 8, 33. Jahrgang **Der Steinarbeiter** Sonnabend, 23. Februar 1929

Schützt Leben und Gesundheit!

Ueber 1 Million Unfälle wurden im letzten Jahre allein in den gewerblichen und landwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Insgesamt haben sich in Deutschland in diesem Zeitraum sicher über 2 Millionen Unfälle ereignet. Fast 24000 Menschen, davon etwa ein Drittel in den bei den Berufsgenossenschaften versicherten Betrieben, haben dabei ihr Leben verloren. Also täglich 64 Tote durch Unfall! Welche Unsummen von Schmerz, Kummer und Elend, zerstörtem Familienglück, vernichteten Existenzen, gescheiterten Zukunftshoffnungen und verlorenen wirtschaftlichen Werten stecken in diesen Zahlen!

Behörden, Berufsgenossenschaften, Verkehrsorganisationen, Gewerkschaften, soziale, wirtschaftliche und technische Verbände sind bestrebt, Aufklärung zu schaffen und Einrichtungen zu treffen, um Unfälle zu verhindern. Manches ist schon erreicht — vieles bleibt noch zu tun.

Es gilt, die in Haus und Beruf, im Verkehr, in der Werkstatt und im Betriebe drohenden Gefahren zu erkennen und abzuwenden. Ein großer Teil der Unfälle ist vermeidbar, aber nur, wenn jeder bestrebt ist, sich und andere zu unfallsicherem Verhalten zu erziehen.

Nicht Verbote und Bestimmungen sind das Allheilmittel gegen Unfälle! Jeder muß mithelfen, Unfälle zu verhüten! Der moderne Mensch soll freiwillig und verantwortungsbewußt an der Unfallverhütung mitwirken. Dieses Verständnis und Verantwortungsgefühl zu verbreiten und zu vertiefen, ist das Ziel der **Reichs-Unfallverhütungs-Woche (Ruwo) vom 24. Februar bis 3. März 1929.**

Unseren Verbandsmitgliedern als eifrige Gewerkschafter erwächst daraus die bindende Pflicht, an den Veranstaltungen in dieser Unfall-Woche teilzunehmen, soweit das die Umstände nur irgendwie zulassen. Insbesondere sind die Fachvorträge in den kleineren Orten zu besuchen. Für die Sache selbst ist ein ungeheurer Apparat aufgezogen, an dessen Strippe alle möglichen Korporationen, Behörden und Organisationen ziehen, die zum Schutz von Leben und Gesundheit des einzelnen im Betrieb, Haushalt und Verkehr berufen sind. Um nun auch die Aufmerksamkeit unserer eigenen Kollegen in der Steinindustrie und im Steinsetzgewerbe nochmals anzuregen, ist die Beilage von Nr. 8 des „Steinarbeiter" diesem löblichen Zweck angepaßt worden. Aus der Arbeitspraxis weiß jeder: **Unfallverhütung ist viel wichtiger und besser als Unfallentschädigung!**

Unfallgefahren und Unfallhilfe

Von Dr. med. Max Grünewald, Dortmund.

Die rasche industrielle Entwicklung der letzten Jahrzehnte und der stetig zunehmende Verkehr auf den Straßen sowie die Hast des Erwerbslebens bringen eine gesteigerte Unfallgefahr mit sich und stellen die Aufgabe, diese Unfallgefahr zu erkennen und, wenn nötig, erste Hilfe zu leisten. Die Erkenntnis der Unfallgefahr soll natürlich in erster Linie dazu dienen, Unfälle überhaupt zu verhüten. Es ist deshalb eine Hauptaufgabe der Unfallheilkunde, auf die Unfallgefahr überall da, wo sie dem Menschen droht, aufmerksam zu machen, denn die mit allen Mitteln erzielte Vorsicht ist für das allgemeine Volkswohl von größerer Bedeutung als die bei den Folgen eines Unfalls einsetzende ärztliche Hilfe.

Im allgemeinen entgeht jener, der eine bestimmte Arbeitstätigkeit gewöhnt ist, leichter einem Unfall als der Neuling, wenn auch berücksichtigt werden muß, daß ein Arbeiter, der genau von der Gefahr, die ihm aus der Bedienung seiner Maschine oder aus seiner Arbeit überhaupt drohen kann, sich allmählich so an die Gefahr gewöhnt, daß er sich dieser mit der Zeit kaum mehr bewußt ist und auf Grund dieses psychologischen Vorgangs ebenfalls die Ursache für Unfälle abgibt. Deshalb muß die Aufmerksamkeit des geübten Arbeiters geschärft werden, damit sie mit der Zeit nicht abgestumpft wird. Aber es ist auch Pflicht der Vorgesetzten und Mitarbeiter, den Neuling auf die ihm drohenden Gefahren aufmerksam zu machen. So z. B. besteht unbedingt eine Unfallzone unter schwebenden Lasten. Gar nicht selten verunglückt ein Mensch tödlich infolge Herabstürzens einer solchen Schwebelast. Auch beim Aufstellen und Besteigen von Leitern wird oft nicht genügende Vorsicht gebraucht. Beschädigte und abgetretene Sprossen finden nicht genügende Beachtung, so daß es beim Besteigen zum Absturz kommt. Ferner sind Luken in Böden zur Vermeidung der Unfallgefahr mit einem Geländer von 1 Meter Höhe zu umgeben und mit einer Fußleiste von mindestens 6 Zentimeter Höhe. Durch Sicherung der Luken wird mancher Unfall verhütet.

Außer den durch Fahrlässigkeit in der örtlichen Umgebung möglichen Unglücksfällen kommen auch in Betrieben mit Maschineneinrichtung eine Reihe von Unglücken dadurch zustande, daß die vorgeschriebenen Schutzvorrichtungen nicht richtig beachtet werden. So haben z. B. die Maschinenunfälle (Motoren, Transmissionen, Arbeitsmaschinen) im Jahre 1924 22 Prozent der Gesamtunfälle, 1925 21 Prozent und 1926 immer noch 19,25 Prozent ausgemacht. Aber auch chemische Produkte, die in Haus und Betrieben Verwendung finden, können dem Menschen gefährlich werden. Es ist deshalb notwendig, daß giftige Stoffe in Giftflaschen aufbewahrt werden, d. h. in solchen Flaschen, die deutlich und dauernd als Giftflaschen gekennzeichnet sind, damit nicht aus Unachtsamkeit oder Versehen eine solche Substanz gesundheitsschädigend wirken kann oder gar getrunken wird. Besonders beachtenswert ist auch folgendes: Armaturen und Dichtungen von Sauerstofflaschen müssen frei von Fett, Glyzerin und Oel sein. Kommt Sauerstoff mit Fett zusammen, so erfolgt durch chemische Zersetzung eine so starke Erwärmung, daß Selbstentzündung eintritt und diese Selbstentzündung an Stahlflaschen mit komprimiertem Sauerstoff zur Explosion der Flaschen führt. Daher dürfen Ventilteile und Dichtungen der Sauerstofflaschen nicht mit fettigen Fingern noch mit ölhaltigen Putzlappen berührt werden.

Fässer mit Benzin und anderen brennbaren Flüssigkeiten, z. B. Spiritus und Lack, sowie vor allem auch gebrauchte leere Fässer sind explosionsgefährlich, so daß man ihnen mit einer offenen Flamme nicht nahekommen darf. Gefäße mit erhitzten Flüssigkeiten, wie z. B. Quecksilber, dürfen erst nach Abkühlen geöffnet werden, um ein hinausspritzen zu verhüten. Kaffeeflaschen, die vollkommen verschlossen auf heißem Ofen stehen, können, da der sich bildende Dampf keinen Abzug findet, platzen und bedeuten für die Umgebung eine Explosionsgefahr.

Heute erfolgt die Mehrzahl der Vergiftungen nicht mehr durch feste Flüssigkeit und feste Körper auf dem Wege des Hinunterschluckens, sondern durch Gase und Dämpfe in Form von Einatmung. Der Geruchssinn ist nicht immer ein Warner gegenüber giftigen Dämpfen und Gasen; bei einzelnen körperfremden seltenen Stoffen wird schon bei 1 zu 100 000 der gefährlichen Mengen ein Widerwillen erregt, dagegen gibt es wieder andere Stoffe, die der Geruchssinn selbst beim zehn bis tausendfachen der schädlichen Konzentration nicht als unangenehm oder überhaupt nicht empfindet.

Bei der Aufnahme giftiger Gase und Dämpfe durch die Lungen gelangen die gesundheitsschädigenden Stoffe auf dem kürzesten Wege zum Gehirn und zum Herzen, während bei der Aufnahme durch den Magen erst die aufsaugende Filtereinrichtung der Leber passiert werden muß. Dazu kommt noch, daß durch die lebensnowendige Atmung der Mensch gezwungen ist, in einer gifthaltigen Atmosphäre die giftigen Dämpfe und Gase mit der Atmungsluft in die Lungen gelangen zu lassen. Die Aufnahme erfolgt also im Gegensatz zu flüssigen und festen Stoffen nicht in einem kurzen Augenblick, sondern in mehreren Atemzügen oder im Laufe von Minuten, Stunden, Tagen, ja Wochen und Monaten. Die Konzentration der giftigen Gase und Dämpfe nimmt meist langsam zu, so daß man die fremden Gase kaum und sehr stark riechende, wenn man daran gewöhnt ist, solange nicht bemerkt, bis die Reizschwelle erreicht ist. Besonders fehlt jede Warnung bei solchen Gasen, die keine Reizwirkung und solche, die keinen schlechten Geruch besitzen.

Da die Zahl und Verbreitung flüssiger giftiger Stoffe eher zu- als abnimmt, so werden Vergiftungsgelegenheiten durch giftige Gase oder Dämpfe gar nicht selten vorkommen. Es ist deshalb notwendig, an diese Möglichkeit stets zu denken und zu beachten, daß bei zweckentsprechender und häufig sogar ausreichender Hilfe die Entfernung des Vergifteten aus der gefährlichen Umgebung und die Zuführung frischer Luft von wesentlicher Bedeutung für die Rettung sind und für die Erhaltung des Lebens.

Verätzungen der Augen kommen durch Laugen, Säuren und Kalk zustande. Die Folgen der Laugenverletzung sind wegen des ausgedehnten Gewebezerfalls und der dadurch erzeugten festeren Narbenbildung meistens erheblich schwerer als bei den Säuren. Durch Verbrennungen und Aetzungen werden meist nur die oberflächlichen Teile des Auges (Lid, Binde- und Hornhaut) betroffen. Die im Anschluß an diese Verletzungen entstehende, oft hochgradige Verwachsung von Wundflächen kann zur Beschränkung der Beweglichkeit des Auges und sogar zum Doppeltsehen führen. Bei Verletzungen mit Kalk, die sehr gefährlich sind und oft eine Erblindung zur Folge haben, muß man mit einem Tuch möglichst alle Kalkteile aus dem Bindehautsack entfernen und dann mit Wasser, mit nasser Watte oder einem nassen Tuch spülen. Dabei zieht man das Unterlied nach unten und läßt den Verletzten nach oben sehen; nachher kann man reines Oel (Olivenöl) in den Bindehautsack und auf die Lider bringen. Augenärztliche Behandlung ist in solchen Fällen immer und möglichst schnell notwendig.

Durch Luftzug werden häufig Kohleteilchen, Sandkörnchen, Holzfasern oder auch Getreidekörner in die Binde-

Aus Dingsda in der Lausitz

Es ist Montagmorgen, ein heller Wintertag. Friedlich liegt noch das verschneite Steinarbeiterdorf Dingsda am Fuße des hohen Granitbergs. Erst allmählich kommt Leben aus den kleinen schmucken Häusern zum Vorschein.

Die ersten Arbeiter stapfen mit hohen Schultern durch den Schnee, bevölkern die Straße und eilen als Transportarbeiter der nahegelegenen Rampe zu, um die vor einer Stunde angekommenen Eisenbahnwagen mit fertigen Stein-Produkten zu beladen.

Gegen ½8 Uhr setzt starker Verkehr auf der Dorfstraße ein. Aus fünfzig und mehr Ortschaften kommen nun die Steinarbeiter teils zu Fuß, per Rad und Eisenbahn an, um den Granit zu gewinnen und zu verarbeiten. Frost und Schnee scheint diesen wetterharten Gesichtern nichts anhaben zu können.

Da, auf einmal an der Kreuzung Ecke K.- und H.-Straße ein Auflauf. Zwei Arbeiter sind an diesem Zentrum mit ihren Rädern zusammengestoßen. Resultat: verbogene Räder, bei einem der Zusammengeprallten: schwere Verletzungen an Kopf, Arm und Beinen. Der andere Arbeiter scheint leichter davongekommen zu sein. Arbeitersamariter sind schnell zur Stelle und bemühen sich um die Verletzten. Auch ein Polizist erscheint und nimmt den Tatbestand auf. Die Verletzten werden zum Arzt gebracht. Die stehengebliebenen Arbeiter eilen schneller nach ihren Arbeitsstätten mit der Bemerkung: die Woche fängt nicht gut an!

Kabelkrane, Schwebebahnen, Bohr-, Kleinpflasterstein- und Lochmaschinen werden in Bewegung gesetzt mit ohrenbetäubendem Lärm. Menschenstimmen sind auf 10 Meter Entfernung kaum zu verstehen. Die Arbeit aller Gruppen hat in den Steinbruchsbetrieben voll eingesetzt.

Auf einem Steinmetzwerkplatz entsteht an einer Stelle ganz plötzlich Unruhe. Zwei an einem Stück arbeitende Steinmetzen legen erregt ihr Handwerkszeug zur Seite. Einer von ihnen begibt sich in Eile zum Bruchmeister und erstattet die Meldung: unser Werkstück ist fehlgegangen, es kam plötzlich ein Materialfehler zum Vorschein. Der Bruchmeister wird ärgerlich. Es ist die zuletzt in Arbeit genommene Walze von 4,80 Meter Länge, und sie sollte am anderen Tage verladen werden, um das Schiff in Dresden voll zu befrachten. Doch nützt alles wettern und fluchen nichts, es muß Ersatz herbeigeschafft werden, um so schnell als möglich den Schaden zum Teil wettzumachen. Ein anderer Bruchmeister hält auch schon im Bruch Umschau. Er hat Kenntnis, daß an einer sogenannten Wand in der Tiefe nur einzig und allein das Ersatzwerkstück schnell gewonnen werden kann Noch zögert er einige Minuten, befinden sich doch oberhalb der Wand auch zwei Brecher, die Eile haben, einige Werkstücke und Pflastersteine auf schnellstem Wege herbeizuschaffen. Es soll von diesen Steinen ein Probewagen geliefert werden, und zwar so schnell als nur irgend möglich.

Der Bruchmeister überwindet endlich seine Bedenken und gibt einem Brecher von einer anderen Arbeitsstelle des Bruchs die Anweisung, in die Tiefe zu gehen und die Ersatzwalze (Säule) im rohen Ausmaße herzustellen. Er drängt an beiden Stellen, oben wie unten, zur emsigen Arbeit an, aber ermahnt noch einmal zur Vorsicht. Beruhigt geht er fort, er kann sich ja auf die alten Arbeiter verlassen.

Die Stunden vergehen. Es ist Spätnachmittag, 7 Stunden bereits haben die Brecher emsig geschafft, um ihre ebenso notwendig gewordenen Arbeiten fertigzustellen. Oben wie unten ist bisher alles gut gegangen. Die Ersatzwalze liegt zum Transport bereit für weitere Bearbeitung noch an ihrer Stelle. Es erscheinen nun Hilfsarbeiter, den Werkstein zu lockern, um ihn alsdann der Schwebebahn zu überlassen. Auch diese Arbeit schreitet flott vorwärts. Starke Ketten werden um die Walze gelegt, um dieses Werkstück aus der Tiefe zu führen. Oberhalb der Wand wird der letzte Brocken, der noch nötig ist, an die Schwebebahn angehangen, um zu Tal gebracht zu werden. Alles ist hier oben gut gegangen. Das Seil hebt am letzten Stein an, und in wenigen Augenblicken soll es weiter gehen. Wie gewöhnlich rufen die oberen Arbeiter laut zur Vorsicht die unteren Transportarbeiter an. Doch ist infolge des ohrenbetäubenden Lärms unten wenig zu verstehen, auch waren die unteren Arbeiter für Augenblicke allzusehr in ihre Arbeit vertieft. Jetzt schauen sie in die Höhe und — Entsetzen prägt sich in ihren Zügen aus, denn oben hat sich ganz plötzlich der Stein seiner Fesseln entledigt und kommt nun, nur einige Meter noch entfernt, in die Tiefe gesaust. Schnelligkeit kann nur Rettung bringen! Behend und flink springen die unteren Steinarbeiter zur Seite, um dem sicheren Tode zu entgehen. Zwei davon gelangen in Sicherheit, den einen aber wirft ein durch den Aufprall losgeschlagener Splitter auf die Seite, doch der letzte von der Arbeitskolonne wird mit starker Wucht getroffen und bleibt neben dem nun festliegenden Stein-Ausreißer leblos liegen. Hilfsbereite Kräfte sind sofort zur Stelle, die Verletzten werden unter Anweisung von zwei Arbeitersamaritern vorsichtig in die Höhe getragen. Resultat nach einer halben Stunde: Eingetretener Tod bei dem einen und nicht allzu schlimme Verletzung am linken Fuß bei dem andern Arbeiter. Die Arbeit ist fertig. Sowohl die Säule und Probesteine. Ein Toter, ein Verletzter sind auf der Strecke geblieben; Steinarbeiterlos!

Es wird Arbeitsschluß. Die ersten Arbeiter verlassen die Betriebe, da kommt noch eine Unglücksbotschaft. Ein jugendlicher Weichensteller hat sich bei der Ausführung seiner Arbeit eine sehr starke Verletzung an der rechten Hand zugezogen. Er wird zeitlebens Krüppel bleiben. Nur die Umlernung kann ihn später vor der größten Not schützen. Wie war aber dieser Unfall möglich? Auf ganz einfache Art hat er sich ereignet. Es sollten noch schnell einige Wagen zu einem Zuge zusammengestellt werden, um diesen letzten Transport für heutigen Tag noch an Ort und Stelle zu bringen. Der jugendliche Mann ist 8 Stunden tätig gewesen. Er mußte laufen, springen in der kurzen Zeit, um überall die Kupplung und das Bremsen der Wagen seines Zuges zu verrichten und ist nun, wie auch der Maschinenführer — müde und abgespannt. In diesem Zustand hat er einen falschen Griff gemacht und statt von unten seitlich von oben die Kupplung bedient. Auch er wurde vom Arbeitersamariter zum Arzt gebracht.

Das war ein Unglückstag, dieser Montag mit Frost und Schnee. Nur gut, daß es nicht jeden Tag so kommt.

Mag auch der Unfallschutz gegen früher sich bedeutend erweitert und verbessert haben, es ist noch sehr, sehr viel zu tun übriggeblieben. Der Uebergang von der Hand- in die Maschinenarbeit macht einen weiteren und schnelleren Ausbau des Unfallschutzes zur Notwendigkeit, wenn nicht Leben und Gesundheit der Steinarbeiter großen Schaden erleiden sollen.

a. e. r.

Eine Mahnung zur Vorsicht bei der Arbeit

Der Steinbruch

Aufgerissen — klafft der Erdenhügel; sein Inneres zeigt dem
Auge die Masse und die Schichtung des Gesteines,
mannigfach gelagert.
Urkräfte haben hier gefaltet, aufgeschichtet und verbogen!
„Wann das war" — fragst du — „als die Kräfte so gewaltet?"
Nun, von Lebewesen war noch keine Spur, als die Erdenkruste sich
gerunzelt!
Darum lass' die Frage offen und glaube nur: Es war uralt!

*

Der Gesteine Bildner ist das Wasser, ist das Wetter;
in Verbindung mit der Unterwelt auch Feuer!
Als die glühend flüss'ge Masse aus dem Erdeinnern einen Ausweg
suchte,
blieben in der Erdenkruste stecken: die Granite, Gabbro, Syenite!
Jedoch hindurchgebrochen sind: die Diorite und Trachyte, die
Basalte, Diabase, Melaphyre!
Teils im Wasser, teils durch Wetter wurde anderes Gestein gebildet!
Abgelagert hat sich Schicht auf Schicht.
Geschah's im Wasser —, wurden Muscheln, Schnecken, Fische,
Pflanzen in die Schichtung eingebettet
und durch Druck, sehr gewaltig und von Dauer:
Die Schicht in sich zu Stein verkittet!
So entstanden alle Schiefer-, Marmor-, Sand- und Kalkgesteine!
Beim edlen Marmor wurde kristallierend nachgeholfen
durch die glühend flüss'ge Masse;
während die Färbung dieser Schichtgesteine,
ihre Flammung oder Aderung hervorgerufen wurde:
Von den Bindemitteln, auch von Metallen bei Verflüchtigung!

hautsäcke der Augen geweht, aus denen sie sich meist leicht entfernen lassen. Den unteren Bindehautsack kann man absuchen, indem das Unterlid nach unten gezogen und der Blick nach oben gerichtet wird. Befindet sich ein Fremdkörper unter dem Oberlid, so läßt man den Verletzten nach unten sehen, faßt mit dem Daumen und Zeigefinger der linken Hand die Wimpernhaare des Oberlides und stülpt das Oberlid um, indem man mit einem in der rechten Hand gehaltenen Glasstab oder einem Streichholz auf das Oberlid drückt, und zwar etwa einen Zentimeter oberhalb der Wimperhaare. Beim Umstülpen des Oberlides bekommt man den Fremdkörper zu Gesicht, der sich mit einem Wattebäuschchen oder mit der Spitze eines Taschentuches leicht aus dem Bindehautsack entfernen läßt.

Fremdkörper, die sich in der Hornhaut befinden, sind meistens Metall- oder Steinsplitter, seltener Flügeldecken von Insekten oder Pflanzenteile; sie heben sich je nach ihrer Farbe entweder gegen die dunkle Pupille oder gegen die hellere Regenbogenhaut ab, wenn man den Verletzten das Auge nach verschiedenen Richtungen hin drehen läßt und dabei aufmerksam die Hornhaut betrachtet. Gelingt es nicht, den Fremdkörper durch Massage mit dem Oberlid sofort in den Bindehautsack zu bringen, so muß von weiteren Versuchen abgesehen und möglichst sofort ein Augenarzt aufgesucht werden, weil längeres Verweilen eines Fremdkörpers häufig in kurzer Zeit zu einem Hornhautgeschwür führt. Fremdkörper in oder auf der Regenbogenhaut sowie Fremdkörper in der Linse bedürfen unbedingt der Beobachtung und Behandlung durch den Augenarzt.

Von der werktätigen Bevölkerung sollten Tee und andere Erfrischungsgetränke dem Alkoholgenuß vorgezogen werden, weil die Folgen eines Alkoholmißbrauchs nicht allein am Tage des Exzesses, sondern auch noch am nächsten Tage durch verminderte Geistesfrische in Erscheinung treten, und weil diese lähmende Nachwirkung dem Tee und ähnlichen Erfrischungsgetränken fehlt, obgleich z. B. der Tee die normale Leistungsfähigkeit aufrechterhält und in leichtem Maße steigert, wenn normale Ermüdungsbedingungen eine Senkung veranlaßt haben. Das Röchlingsche Stahlwerk in Völklingen bei Saarbrücken hat bei seinen Arbeitern feststellen können, daß die Enthaltsamen eine um 50 Prozent niedrigere Unfallhäufigkeit aufweisen, als die gesamte Belegschaft.

Bei Befreiung eines Verunglückten aus einem elektrischen Stromkreis muß die Leitung spannungslos gemacht werden; solange dies nicht der Fall ist, darf man den Verunglückten und dessen Kleider nicht mit bloßen Händen berühren, weil sonst der Helfer ebenfalls vom elektrischen Strom getroffen werden kann. Die Hände des Helfenden müssen durch trockene Handschuhe oder Tücher geschützt sein. Die Bewußtlosen sind an die frische Luft zu bringen, von beengenden Kleidungsteilen zu befreien, und bei gerötetem Gesicht mit dem Kopf erhöht, und bei blassem Gesicht mit dem Kopf tief zu lagern; Flüssigkeiten darf man Bewußtlosen nicht einflösen. Dagegen kann durch Bürsten der Fußsohlen, durch Kitzeln der Nase oder durch entsprechende Riechmittel, wie z. B. Senföl, der Belebungsversuch gefördert werden. Bei Brandwunden ist vor allen Dingen die Möglichkeit einer Infektion zu vermeiden, wie z. B. durch Anfassen der Wunde mit den Händen, durch Berühren der Wunde mit nicht keimfreien Gegenständen oder durch Oeffnen der Brandblasen. Der Verbrannte soll so warm wie eben möglich gehalten werden und schnellstens in ärztliche Behandlung kommen.

Bei einem Notverband, der in der Eile und aus dem Stegreif schnell angefertigt werden muß, ist es nötig, sich mit einfachen Dingen zu helfen, welche der Mensch mit sich führt oder unmittelbar zur Hand hat. Abgesehen von der provisorischen Blutstillung kommt bei der durch Laienhand zu leistenden ersten Hilfe lediglich das Bedecken der Wunde mit keimfreier Gaze in Betracht, oder, wo diese nicht zur Verfügung steht, mit frisch gebügelten bzw. geplätteten Wäschestücken. Oft ist es nötig, einen Verband auszudenken, wie ihn der Augenblick eingibt. Beim schmerzhaften Beinbruch kann man z. B. als Stützschiene einen Stock oder einen Regenschirm verwenden, welchen man an das gebrochene Bein mit Hosenträgern oder Tüchern befestigt, oder man bindet das verletzte Bein an das gesunde an. Ein Stützverband für den gebrochenen Arm läßt sich dadurch improvisieren, daß man die gebrochene Extremität an den Rumpf anlegt, den Rock nach oben umschlägt und mit einigen Sicherheitsnadeln wie ein Armstütztuch (eine Mitella) befestigt.

Da etwa die Hälfte aller Unfälle im Menschen ihre Ursache hat, so kann eine von den Ergebnissen der psychologischen Forschung geleistete großzügige und planmäßige Propaganda zur Verminderung der Unfälle beitragen.

Die Unfallgefahren in der Steingewinnung, Steinbearbeitung und im Steinsetzgewerbe

Unseren Verbandsmitgliedern ist bekannt, daß die Berufsgruppen in unserer Organisation großer Unfallgefahr ausgesetzt sind, die eine mehr, die andere etwas weniger. Das Weniger ist aber nicht so zu verstehen, als wären die beruflichen Gefahren dann überhaupt verschwindend klein. Nein, so darf das nicht aufgefaßt werden. Wir können ohne jede Uebertreibung die Gefahren auf die Formel bringen, daß allgemein die berufliche Tätigkeit aller unserer Verbandsmitglieder „gefährliche Arbeit" ist und daß einzelne Gruppen „sehr gefährliche Arbeit" verrichten.

Das Steinbruchgewerbe z. B. weist im Vergleich zu anderen Gewerbearten die höchsten Unfallgefahren mit auf. Die Gefahren, die die Steingewinnung mit sich bringt, konzentrieren sich ganz allgemein auf Sturz, Herabfallen schwerer Gesteinsmassen sowie auf den Gebrauch von Sprengstoffen. Dazu kommen noch Unfälle, die mit den maschinellen und technischen Einrichtungen in den Steinbrüchen in Zusammenhang stehen, wie Bohrmaschinen, Gleisanlagen, Bremsberge, Steinsägen, Hebewerkzeuge, Schotteranlagen, Steinspaltmaschinen usw. Es gibt im Steinbruchsgewerbe Betriebe, die technisch auf der Höhe sind, es gibt aber noch sehr viele Betriebe, in denen die Steingewinnung in der primitivsten Weise vor sich geht und wo natürlich die Unfallgefahr, die überhaupt von der Steingewinnung nicht zu trennen ist, sehr, sehr hoch ist. Die Methoden der Steingewinnung bei Sandstein, Marmor, Granit, Basalt usw. sind sehr unterschiedlich, maßgebend ist einmal das Gestein und dann seine Ausnutzung in der Bearbeitung und Verwendung und ferner die Art, wie es im Mutterboden ansteht, ob über der Erdoberfläche oder darunter, ob kompakt, zerklüftet oder geschichtet usw.

Aus Anlaß der Reichsunfallwoche bringen wir im Nachstehenden einige der gefährlichsten Vorgänge, obgleich wir wissen, damit unseren Verbandsmitgliedern nichts Neues zu sagen. Zunächst:

Eine alte Steingewinnungsmethode, die heute allerdings infolge des Rückganges der Verwertung des Sandsteins zu Bauzwecken auch zurückgegangen ist, aber noch vielfach in den Sandsteinbrüchen (Sachsens, Schlesiens, Unterfrankens u. a.) noch vielfach üblich ist, soll an einem Arbeitsvorgang geschildert werden, der größte Unfallgefahr in sich birgt.

Oberhalb Pirna, beiderseits der Elbe, und in deren Seitentälern bis in das tschechische Gebiet hinein erstreckt sich das Elbsandsteingebirge. Der Elbsandstein ist mehrere Jahrhunderte bekannt und als Bauwerkstein verwendet worden. Struktur und Güte des Gesteins sind keineswegs einheitlich. Deshalb sind auch die Gewinnungs- und Abbaumethoden sowie die Verwendungsmöglichkeiten verschieden. Für den Steinfachmann sind zwei große Gruppen erkenntlich, und daher wird unter den Leuten vom Bau von einem „harten Gebiet" und einem „weichen Gebiet" gesprochen. Das harte Gebiet ist das weitaus größere und umfaßt die Gesteinsvorkommen an beiden Ufern der Elbe und in den am rechten Ufer abzweigenden Seitentälern. Das weiche Gebiet liegt im Gottleubatal, 5 bis 6 Kilometer südlich Pirna, links der Elbe. Die aufgeschlossenen Steinbrüche gruppieren sich dort im weiten Bogen um den Cottaer Spitzberg herum. Handelsüblich wird das beste Material aus dem sogenannten harten Gebiet als „Postaer Stein" bezeichnet, während der Stein aus dem Gottleubatal in ganz Deutschland und auch über dessen Grenzen hinaus als „Cottaer Stein" bekannt ist.

Unter den dortigen Steinbrechern und Steinmetzen hielt und hält die Lungentuberkulose als Berufskrankheit fürchterliche Ernte. Die Wohnsitzgemeinden der Sandsteinarbeiter waren tuberkulös verseucht. Auch heute noch stellen die im Gebiet tätigen Aerzte beim Nachwuchs große Tuberkulosengefährdung als Erbteil längst vergessener Sandsteinarbeitergenerationen fest. (Nun soll diese Steinhauer-Berufskrankheit endlich der Unfallversicherung unterstellt werden, in der bevorstehenden Verordnung des Reichsarbeitsministeriums.)

Zu diesen rein gesundheitlichen Gefahren kam noch eine erhebliche Unfallhäufigkeit, die vor allem die Steinbrecher und Steinbruchsarbeiter bedroht.

Wie wird nun der Elbsandstein abgebaut und weiterverarbeitet? Zunächst im „harten" Gebiet. Hier wird, ehedem noch mehr wie heute, der Felsen mittels „Hohlmachens" gelöst. Das ist für den Bruchbesitzer die rentabelste und für die damit betrauten Arbeiter die gefährlichste und schädlichste Arbeit. Man geht dabei wie folgt zu Werke:

Die teilweise bis zu 50 Meter hohen Felsenwände werden auf der Bruchsohle unterhöhlt, wobei mittels Sprengen oft in jahrelanger Arbeit eine 15 bis 20 Meter lange Felswand oft bis 10 und mehr Meter Tiefe unterschrämt wird. Was Pulver nicht fertigbringt, müssen die Hohlmacher mit ihren Gehilfen mittels der Zweispitze tun, wobei oft lange Zeit in gebückter und liegender Stellung diese schwere Arbeit verrichtet werden muß. Die Staubentwicklung ist dabei eine furchtbare. Der Staub kann aus der Unterhöhlung nur mangelhaft abziehen, so daß die durch die unbequeme Körperhaltung sowieso schon sehr beeinträchtigten Atmungsorgane der Hohlmacher den massenhaft geschluckten Staub nicht in der erforderlichen Weise aus dem Körper entfernen können. Die Folge war und ist frühzeitiges Siechtum und Tod in den besten Mannesjahren.

Außer dem Staub bedroht noch die hohlgemachte Wand die darunter Arbeitenden fortgesetzt mit dem Tode. Viele tausend Kubikmeter im Gewicht von oft 150 bis 200 000 Zentnern hängen über ihnen in der Schwebe und werden nur von Holzstempeln gestützt, die im Fall einer Katastrophe natürlich wie Streichhölzer knicken. Je tiefer sich die Steinbrecher in den Felsen hineinarbeiten, desto mehr Holzstempel müssen gestellt werden, um ein Herabbrechen hängenden Gesteins nach Möglichkeit zu verhindern. Hin und wieder wird eine Stütze aus natürlichem Gestein stehengelassen. Die Holzstempel haben aber auch eine äußerst wichtige Aufgabe zu erfüllen. Zwischen ihren oberen Querschnitt und den hängenden Felsen werden Glasscherben gelegt. Sobald sich nun die Felswand bewegt und „setzt", zerbrechen diese Scherben mit knirrschendem Geräusch. Das ist für die Arbeiter das Signal, sich schleunigst in Sicherheit zu bringen, denn die Gefahr, daß die Wand herabstürzt und alle unter ihr Arbeitenden begräbt, ist groß. Nach einer gewissen Beobachtungszeit und nachdem man sich versichert hat, daß die Wand noch nicht „kommt", sondern sich nur setzt, geht es wieder unter die Wand, um sie dem endgültigen „Kommen" geneigter zu machen. Jedermanns Sache ist es nicht, unter solcher hängenden Wand zu arbeiten. Wer es nicht gewöhnt ist, der wird das Gefühl nicht los, als ob er in der nächsten Sekunde den ganzen Felsen auf den Kopf bekommt, und er ist froh, wenn er wieder glücklich einen gehörigen Abstand gewonnen hat.

Für die hereinbrechende Wand ist vorher schon ein Bett aus Steinhorzeln zurechtgemacht worden, in das sich die Wand, wenn sie erwartungs- und wunschgemäß kommt, hineinlegt. Dadurch soll eine allzu große Zertrümmerung des Felsens vermieden werden. Ist nun alles gut vorbereitet und ein sicheres „Kommen" der Wand zu erwarten, dann werden alle Stempel und sonstigen Stützen mittels Sprengung gleichzeitig entfernt. Die schwere, überhängende Wand bricht nun, ihrer Stützen beraubt, unter furchtbarem Gedonner und Entwicklung enormer Staubmengen vom Felsen herunter und legt sich in das zurechtgemachte Bett.

Damit liegen nunmehr viele tausend Kubikmeter Gesteins bereit, um von den Steinbrechern und ihren Hilfsarbeitern zerkleinert und zu rauhen Werksteinen verarbeitet zu werden. Diese genau nach Maß und Winkel zugehauenen Steine erhält dann der Steinmetz und Mühlensteinarbeiter, der hochwertige Steinmetz- und Bildhauerarbeiten oder Mühlsteine und Schleifer für technische Zwecke der verschiedensten Art daraus verfertigt.

Im „weichen Gebiet", wo der bekannte Cottaer Stein gewonnen wird, ist der Abbau mittels Hohlmachens niemals so allgemein betrieben worden wie im „harten Gebiet". Nur ab und zu und nur in besonderen Brüchen bedient man sich dort dieser Methode. Das wird seinen Grund in erster Linie darin haben, daß das weiche Gestein beim „Fällen" einer hohlgemachten Wand viel mehr zertrümmert als im Nachbargebiet. Ueberhaupt in an Stelle des Hohlmachens fast im gesamten Elbsandsteinbruchgebiet in der Hauptsache der Abbau des Gesteins „vom Stock" getreten. Das ist zwar für die Atmungsorgane der Arbeiter genau so schädlich, aber die Unfallgefahren sind nicht ganz so groß. Während beim Hohlmachen von unten auf der Bruchsohle angefangen wurde, wird der Felsen von ganz oben bloßgelegt. Ist das auf dem Felsen liegende Erdreich und Geröll, oft in mehreren Metern Mächtigkeit, entfernt und kommt man auf guten Nutzfelsen, dann beginnt die eigentliche Steinbrecherarbeit, und Steinbank auf Steinbank wird „abgebaut", bis man nach langer Zeit auf der Sohle des Bruches angelangt ist und das Spiel an einer anderen Stelle wieder von oben beginnen kann.

Zunächst eine kurze Erläuterung des steinbruchtechnischen Begriffes „Bank". Der Felsen ist nicht etwa in seiner ganzen Mächtigkeit eine feste kompakte Masse, sondern in der Kreidezeit der Erdgeschichte von dem bedeckenden Meere in einzelnen verschieden starken Lagen abgesetzt worden, die der Steinbrecher „Bänke" nennt. Zwischen den einzelnen Bänken befinden sich weiche Ton- und Mergelschichten, so daß die einzelne Bank scharf von der anderen getrennt ist und in ihrer Mächtigkeit auch vom Nichtfachmann leicht erkannt werden kann. Diese bankartige Lagerung ist besonders in den Cottaer Steinbrüchen außerordentlich gut ausgeprägt. Diese Eigentümlichkeit erleichtert natürlich die Gewinnung des Gesteins ganz erheblich. Bemerkt sei noch, daß die Schichten oder Bänke verschiedenen Alters sind. Das erkennt der Geologe an den in manchen Schichten „versteinerten" Muscheln. Diese sind in jeder einzelnen Schicht von der gleichen, dagegen in den verschiedenen Schichten ganz verschiedener Art und gehören völlig anderen Perioden der Erdgeschichte an. Von der Wissenschaft werden sie als Leitfossilien bezeichnet, weil jede Art für besondere Stufen charakteristisch ist.

Nachdem die Wand gefällt, oder der Nutzfelsen durch Abräumen von oben frei gemacht ist, wird der Bank mittels Zweispitze und Keile zugesetzt. Dabei wird ein größerer Block ringsum mit Keillöchern versehen, die mittels Zweispitze in Abständen von ca. 10 Zentimeter gehauen werden. In jedes der Keillöcher kommt ein Keil. Diese werden dann in gleichmäßigem Takt mit schweren Hämmern so weit in den Stein getrieben, bis dieser „reißt". Dies erfolgt oft kerzengrade und erleichtert die weitere Arbeit sehr, manchmal geht es aber nicht nach Wunsch, was mit Mehrarbeit für den Steinbrecher verbunden ist. Dieses Zerteilen des Felsens — Auschlagen genannt — wird solange fortgesetzt, bis die erforderlichen Maße und Größen der Steine erreicht sind. Auf der Bruchsohle erhalten diese ausgeschlagenen Steine dann durch besondere Brecher, die im Cottaer Gebiet „Häcker genannt werden, die vom Bruchmeister vorgeschriebene Form und Größe, um dann den Steinmetz- und Mühlsteinwerkplätzen und den Steinsägen zugeführt zu werden.

Die besten Steine werden im „harten Gebiet" zu Schleifern für Papierfabriken usw. verarbeitet und haben oft Durchmesser von über 2 Meter und Stärken vom selben Ausmaß. Die Mühl- und Schleifsteine werden bereits vom Brecher in runde Form zugehauen. Diese Arbeit erfordert große Geschicklichkeit, ist sehr anstrengend und gesundheitsschädlich. Die nicht für Mühl-, Schleif- oder Werksteine brauchbaren Reste werden zu Bausteinen, sogenannten Bauhorzeln, verarbeitet. Heute ist es leider oft so, daß die Firmen nicht genügend Aufträge auf hochwertige Steine haben. Dann muß der beste Kernstein zu den minderwertigen Grundsteinen, Bauhorzeln und Elbregulierungssteinen verarbeitet werden.

Den Hohlmachern, Brechern, Häckern gehen bei aller Arbeit besonders vorgebildete Hilfsarbeiter zur Hand, die als Stockräumer bezeichnet werden. Diese Stockräumer müssen einfache Steinbrecherarbeiten verrichten und ebenfalls mit Zweispitze, Keil und Hammer tätig sein. Sie leiden daher unter den beruflichen Gefahren ebenfalls erheblich.

Alle Arbeit im Steinbruch ist schwerste Knochenarbeit und außerdem noch mit großer Unfall- und Krankheitsgefahr verbunden. Sei es nun Hohlmachen, Schießen, Sprengen, Brechen, Verladen, Transportieren oder sonst irgendetwas; der Tod lauert auf Opfer. Darin werden die Steinbrüche wohl nur von den Bergwerken übertroffen. Dazu kommen noch die Gefahren, die für die Atmungsorgane infolge des beim Bearbeiten des Sandsteines entstehenden feinen Staubes unabwendbar sind. Der Arbeiter am Sandstein steht von früh bis abends in einer Wolke feinsten giftigen Staubes, der bei trübem und feuchtem Wetter fast unsichtbar ist. Der Arbeiter wird aber täglich an sein Vorhandensein erinnert, denn man merkt bald, daß er sich wie Blei in den oberen Luftwegen festgesetzt und dort ein eigentümliches Druckgefühl hervorruft. Aber nicht nur der Arbeiter ist gefährdet, der den ganzen Tag am Stein arbeitet, sondern auch der Nachbar, der vielleicht eine an sich ungefährlichere Arbeit verrichtet, da ja der feine Staub die ganze Atmosphäre schwängert, und besonders an heißen, drückenden Tagen unter der sonnendurchglühten Felsenwand gar nicht abzieht. Die Folge ist u. a. eine immer trockene Kehle und dauerndes Durstgefühl. Da in vielen Brüchen gutes Trinkwasser fehlt, sind die Arbeiter auf Biergenuß angewiesen. Es wäre sehr angebracht, wenn die Steinbruchbesitzer von der Gewerbeaufsicht verpflichtet würden, dauernd geeignete andere Getränke, wie etwa kalten Tee, kostenlos zur Verfügung der Belegschaft zu halten. Die bevorstehende Verordnung, die die Berufskrankheit der Sandsteinarbeiter unter Unfallschutz stellt, ist wirklich eine Wohltat für diese Steinarbeiter, die oft viele Jahre elend hinsiechen, bis sie der Steinbrecherkrankheit, wie man in den Wohnsitzgemeinden der Sandsteinarbeiter bezeichnenderweise sagt, im besten Mannesalter erliegen.

Die Weiterverarbeitung der Rohsteine geschieht auf den den Steinbrüchen oft angegliederten Steinmetzwerkplätzen, wo der spröde Stein von der geübten Hand des Steinmetzen die vom

Architekten gewünschte und vorgeschriebene Form erhält. Andere Rohsteine werden mittels Bahn und Schiffes ihren sonstigen Bestimmungsorten zugeführt, um dort an Bauwerken, in Steinmetz- und Grabmalgeschäften zugearbeitet zu werden. Welcher Formenreichtum dabei dem Sandstein von Bildhauern und Steinmetzen gegeben werden kann, beweisen in der Neuzeit unter anderem die herrlichen Arbeiten an dem umfangreichen Restaurierungsbau des weltbekannten Dresdner Zwingers.

Die Steinbildhauer und Steinmetzen leiden unter denselben Gefahren für die Atmungsorgane wie die Arbeiter in der Steingewinnung. Es gibt fast keinen älteren Sandsteinarbeiter, der nicht bereits einmal gezwungen gewesen wäre, eine Lungenheilanstalt aufzusuchen. Der längere Aufenthalt in einer derartigen Anstalt wirkt im allgemeinen wohltätig auf die verstaubten Atmungsorgane der Sandsteinarbeiter ein, besonders dann, wenn sie möglichst frühzeitig der Heilanstalt überwiesen werden. Der von den Aerzten in solchen Fällen oft gegebene, und gewiß gutgemeinte Rat, daß nämlich der die Heilanstalt gebessert verlassende Steinarbeiter in Zukunft die Sandsteinarbeit meiden soll, ist in der Praxis schwer durchführbar. Erstens gibt niemand gern seinen gelernten Beruf auf und zweitens ist ein Umsatteln im vorgeschrittenen Alter und bei der heute herrschenden Arbeitslosigkeit mit nicht zu überwindenden Schwierigkeiten verbunden.

An Lungenschutzmittel oder Respiratoren sind schon seit Jahren viele Systeme in der Praxis ausprobiert worden. Selbst die besten davon waren auf die Dauer nicht brauchbar. So ein Apparat vor Mund und Nase erschwert die Atmung sehr. Zur Not können sie längere Zeit mit Erfolg von Personen getragen werden, die keine schwere körperliche Arbeit zu verrichten haben. Dies ist nun aber bei allen Arbeitergruppen der Steinindustrie durchaus nicht der Fall. Die schwere, intensive Arbeit macht ein völlig ungehindertes Arbeiten der Lungen zum unbedingten Erfordernis. Hat nun ein Sandsteinarbeiter so einen Lungenschützer vor Mund und Nase, so kann er entweder nur noch einen Bruchteil dessen schaffen, was unter normalen Verhältnissen fertig wird, oder er muß die gehinderte Atmung durch vermehrte Anstrengung der Atmungsorgane und vor allem des Herzens wettmachen. Das aber heißt den Teufel mit Beelzebub austreiben, denn Herzkrankheiten gehören auch nicht gerade zu den Annehmlichkeiten des Lebens.

Wenn die Sandsteinarbeiter die aus dem Beruf entstehenden gesundheitlichen Gefahren wirksam bekämpfen wollen, dann ist dies nur durch eine möglichst kurze Arbeitszeit möglich. Je weniger Stunden täglich in der staubgeschwängerten Luft zugebracht werden müssen, desto besser.

Die Sandsteinmetzen haben ja auch bereits seit 25 Jahren den 8-Stunden-Tag, die Bildhauer den 7-Stunden-Tag tariflich festgelegt. In der Steingewinnung kam 1902 der gesetzliche 9-Stunden-Tag. Heute herrscht in den Brüchen tariflich eine Wochenarbeitszeit von 44½ bis 47 Stunden. Die erzielte Besserung in den Sterblichkeitsverhältnissen beweist unwiderleglich, daß die sächsischen Sandsteinarbeiter und die übrigen Steinarbeiter mit ihrer gewerkschaftlichen Selbsthilfe sehr viel Gutes erreicht haben, besonders auf dem Gebiete des Unfallschutzes und der Unfallverhütung.

Arbeitsvorgang in einem schlesischen Hartsteinbruch (Pflaster)

Die Hilfsarbeiter legen unter Anweisung der Bruchmeister und Brecher die anzugreifende Felsenwand bloß, d. h. sie beseitigen den Abraum sowie den unverwertbaren, weil zu weichen Stein. Hierbei wird die Lockerung durch Sprengen mit Brisantsprengstoffen und Schwarzpulver vorgenommen. Zu diesem Zweck werden bei jeder Arbeitspause 2—400 Sprengschüsse gezündet, deren Wirkung je nach Ladung und Beschaffenheit des Gesteins verschieden ist. Ein großer Teil der Hilfsarbeiter muß deshalb sowohl bei den Sprengvorbereitungen als auch bei der Beseitigung der durch die Sprengung gelockerten Steine mitwirken, also ständig an der gefährlichen Wand stehen. Die Handhabung der schwer und schlecht beweglichen Brechstangen und sonstigen Werkzeuge erfordert Kraft und Gewandtheit. Bei geringem Versehen oder falscher Handhabung wird nicht nur der Arbeiter selbst, sondern auch die ganze Arbeitskolonne gefährdet. . . .

Sobald nun der brauchbare Stein freigelegt ist, geben die Brecher oder auch die Bruchmeister den Maschinen- oder Handbohrerkolonnen an, wo die sogenannten Prell- und Schußlöcher anzubringen sind, die je nach der Stärke des Gesteins bis zu 6 Meter tief gebohrt werden, bei einem Durchmesser der Löcher bis zu 8 Zentimeter. Die hierauf anzubringenden Prelladungen werden nur mit Schwarzpulver ausgeführt. Nach mehrmaliger Wiederholung mit immer stärkerer Ladung werden je nach Beschaffenheit des Felsens Blöcke bis zu 100 Kubikmeter losgeprellt, um dann durch eine Hauptladung endgültig vom Felsen getrennt zu werden.

Nun beginnt die Arbeit der Brecher. Der freie Block wird in möglichst große kubische Stücke eingeteilt und entsprechend gespalten. Das Spalten geschieht durch Anbringen von Keillöchern, in die die der Größe der Löcher angepaßten Keile getrieben werden und dadurch die gewünschten Stücke abtrennen. Das Antreiben der Keile geschieht mittels Aufschlaghammer, die ein Gewicht von 25 bis 30 Pfund haben. Diese Arbeit ist eine der schwersten der Steinbrucharbeit, weshalb soweit wie möglich innerhalb der Arbeitskolonne abgelöst wird. Allmählich werden immer kleinere kubische Stücke durch das Spalten gewonnen, die sich in den für die Fertigprodukte notwendigen Maßen halten, um Abfälle nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die Weiterverarbeitung zu Groß- oder Kleinpflastersteinen geschieht teilweise im Bruche selbst, zum andern Teil in besonderen Arbeitsbuden außerhalb des Bruches durch die Pflastersteinschläger bzw. die Maschinenschläger. Zu diesem Zweck werden die Rohstücke in Loren verladen und letztere mittels Laufkränen, deren 15 Stück über dem Bruch angebracht sind, etwa achtzig Meter hochgezogen und dann an die Arbeitsstätten gebracht. Das dazu notwendige Ein- und Ausladen besorgen die Verladerkolonnen, die nur aus besonders kräftigen Arbeitern bestehen. Die Verarbeitung der Rohstücke zu Pflastersteinen in den Arbeitsbuden bedingt zunächst die weitere Verkleinerung der Stücke, die dann auf einer mit Schutt gefüllten Tonne noch fertig zurechtgeputzt werden. Hierbei entwickelt sich sehr viel Staub, da der Arbeitsraum sehr klein und nach drei Seiten abgeschlossen ist.

Die fertiggeputzten Steine werden nun in kubische Haufen gesetzt, um leicht abgezählt werden zu können, sobald sie zur Verladung kommen. Die Verladung erfolgt durch die Verlader, die hierzu Loren verwenden, um die Steine zunächst an die Verladerampe zu fördern. In normalen Geschäftszeiten gehen bis zu 200 Waggons guter Pflastersteine täglich nach allen Richtungen ab.

Die Entlohnung erfolgt für mindestens 90 Prozent aller Arbeiter im Akkord nach tariflich festgesetzten Akkordsätzen. Ein wesentlicher Prozentsatz der leider allzuvielen Unglücksfälle ist sicherlich auf Konto des mit der Akkordentlohnung bedingten Arbeitstempos zurückzuführen. Der Krankenstand beträgt nach den angestellten Ermittlungen durchschnittlich 12 Prozent. Dieser sehr hohe Stand ist auf die Witterungseinflüsse, denen die Arbeiterschaft ständig ausgesetzt ist, zurückzuführen. Die sommerliche Hitze führt in vielen Fällen zu Schwindel- und Ermattungsanfällen, die, plötzlich auftreten, ein häufiges Gefahrenmoment bilden. Naßkalte Witterung erzeugt ein sehr lästiges Springen der Haut an den Händen, wodurch diese schmerzend und ungelenkig werden und so gleichfalls Ursache für Unglücksfälle sind.

Für die im Bruch beschäftigten Arbeiter sind Schutzdächer nicht vorhanden, da diese durch die vielen Sprengungen in kürzester Zeit vernichtet werden. Das notwendige Sitzen und Knien auf dem Gestein erzeugt Rheumatismus und Grippe.

Zusammenfassend muß deshalb betont werden, daß die Arbeit auch in den Hartsteinbruchbetrieben außerordentlich schwer, gefahrdrohend und gesundheitsschädlich ist, was sich auch daraus ergibt, daß nur in ganz seltenen Ausnahmefällen Arbeiter über 45 bis 50 Jahren zu den voll Leistungsfähigen gezählt werden.

*

Steinbrecher haben Fäuste groß und schwer,
ihr Gang ist wuchtig, als trotten Steine neben ihnen her.
Sie haben Muskeln fest und stark;
trotzen dem Wetter,
trotzen Gefahren, das macht lebenshart!
Und der Sonnenschein und der Regen
hat den Steinbrechern
das verwitterte Aussehen gegeben!

*

Aus dem Steinsetzgewerbe. Vor Zeiten, als der Kraftwagenverkehr das Antlitz der Straßen noch nicht verändert hatte, galt das Steinsetz-, Pflaster- und Straßenbaugewerbe als ein Erwerbszweig, der eine verhältnismäßig geringe Zahl der Betriebsunfälle aufwies. Infolge dieser geringen Unfallhäufigkeit im Gewerbe waren die Arbeitgeber bestrebt, für das Steinsetzgewerbe eine eigne Berufsgenossenschaft ins Leben zu rufen. Aber alle diese Bestrebungen hatten bei den in Frage kommenden Regierungsstellen keinen Erfolg. Der Versichertenkreis dieser für das Steinsetz- und Straßenbaugewerbe geforderten Berufsgenossenschaft war vor rund 40 Jahren, als diese Bewegung die größten Wellen schlug, zu klein, um ein brauchbares und gutfunktionierendes Versicherungsinstrument zu schaffen. Zu jenen Zeiten

war der Verkehr die geringste Ursache der im Steinsetz- und Straßenbaugewerbe vorkommenden Unfälle. Zwar war es die Zeit, wo die technische Gestaltung der städtischen Straßen außerordentliche Fortschritte machte, aber der juckelnde Pferdebahnverkehr und der die Straße allein beherrschende Fuhrwerksverkehr mit tierischem Zuge, brachten von sich aus die Unfallhäufigkeit nicht zum Anschwellen. Die Ursache der Unfälle auf den Baustellen des Steinsetz- und Straßenbaugewerbes waren damals in der Hauptsache aus dem mit Fuhrwerken erfolgenden Transport der Baumaterialien und des Abtransportes des Erdmaterials gegeben. Bei den Steinsetz- und Pflasterarbeiten selbst war die Bearbeitung des damals noch rohen Steinmaterials auf der Baustelle die Ursache von meist kleineren Verletzungen, die nur in den seltensten Fällen zur Inanspruchnahme der Unfallversicherung führte. Allerdings eine Ausnahme war hier zu verzeichnen. Und dies betraf die Augenverletzungen, die durch die Bearbeitung des Steinmaterials auf der Baustelle durch abspringende Stein- und Stahlsplitter einen verhältnismäßig größeren Umfang annahm. Steinsetzer und Pflasterer mit teilweise zerstörtem Augenlicht waren zu jener Zeit keine Seltenheit. Mit der zunehmenden besseren Bearbeitung des Steinmaterials in den Steinbrüchen haben die Augenverletzungen der Steinsetzer und Pflasterer merklich nachgelassen und das Steinsetz- und Straßenbaugewerbe wurde unter den Baunebengewerben das, welches die wenigsten Unfälle zu verzeichnen hatte. Diese verhältnismäßige Unfallsicherheit war es bekanntlich auch, die den Steinsetzer und Straßenbauarbeiter als Objekt eines hänselnden Witzes erkor. Es sei nur auf jene oft an den Steinsetzer und Pflasterer gerichtete Frage erinnert, „wie hoch das Gerüst des Steinsetzers und Pflasterers sein müsse?“ Die auf diese Frage bereits bekannte Antwort können wir nicht wiedergeben, aber festgestellt sei, daß es dem Frager nach Erhalt dieser Antwort nicht zum zweitenmal gelüstete, die gleiche Frage zu stellen. Doch dies nur nebenbei.

Als um die Jahrhundertwende die Elektrifizierung der Straßenbahnen zum Abschluß gelangte, war die Unfallsicherheit des Arbeiters des Steinsetz- und Straßenbaugewerbes wesentlich vorbei. Die in den Großstädten durch die Schwere der neuen Straßenbahnwagen bedingten Ausbesserungen des Pflasters in den Gleiszonen, wurden in der Regel nur während des Betriebes vorgenommen. Die Folge war wieder eine Erhöhung der Unfallhäufigkeit durch den schnellfahrenden elektrischen Straßenbahnwagen. Rechtzeitig setzte von seiten der organisierten Arbeiterschaft des Steinsetzgewerbes in allen Großstädten eine Bewegung ein, um Leben und Gesundheit der für diese Straßenbauarbeiten in Frage kommenden Arbeiter zu schützen. Durch Einflußnahme auf die Verkehrsverordnungen der Straßenbahnen wurde erreicht, daß überall in diesen der Grundsatz festgehalten wurde: „An den Baustellen ist im Schrittempo zu fahren.“ Nicht immer und nicht überall wird diese Vorschrift eingehalten, und die Folge dieser Nichteinhaltung ist eine vermehrte Unfallhäufigkeit. Um die Beachtung dieser Vorschrift zu erzwingen, versuchten die Straßenbauarbeiter durch Aufstellung künstlicher Hindernisse auf den Gleisen, das Langsamfahren der Straßenbahnwagen in der Baustellenzone zu erreichen. Ein auf die Schienen in Handgriffweite gelegter Pflasterstein zwang wohl den Straßenbahnwagen zu der vorgeschriebenen Schnelligkeit, aber dem Steinsetzer drohte bei Anwendung dieses durchaus probaten Mittels in vielen Fällen eine Anklage wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes, so daß er nur auf das Verantwortungsbewußtsein des Straßenbahnführers sich verlassen muß Eine ununterbrochene Reihe von Unglücksfällen aus diesen Ursachen zeigt und fordert gebieterisch, daß die bestehenden Verkehrsvorschriften für Baustellen im Straßenbau dem Straßenbahnpersonal immer in Erinnerung sein müssen.

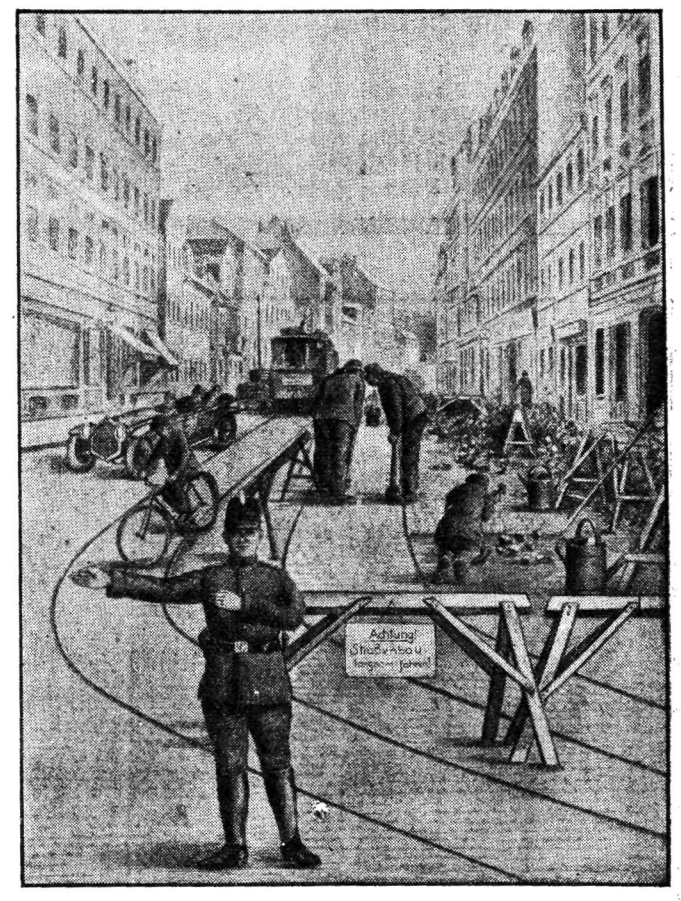
Neben dem Straßenbahnverkehr ist der Kraftwagenverkehr die Quelle der Unfälle im Steinsetz- und Straßenbaugewerbe besonders in der letzten Zeit geworden. Hat der Kraftwagenverkehr die Kurve der Straßen- und Verkehrsunglücke ganz wesentlich gehäuft, so trifft dies für den Straßenbauarbeiter noch im besonderen zu. Und hier sind es im wesentlichen die Ausbesserungsarbeiten, die auf nicht völlig abgesperrten Straßen ausgeführt werden, bei denen die Unfallgefahren sich in erster Linie häufen. Ob diese Straßenausbesserungsarbeiten in der Stadt oder auf Landstraßen ausgeführt werden, ist belanglos, immer zeigt sich das gleiche Bild. Der mit 40- bis 80-Kilometer-Tempo fahrende Kraftwagen übersieht infolge der Schnelligkeit das ihm durch die Straßenausbesserungsarbeiten entgegentretende Hindernis sehr oft, und bedroht Leben und Gesundheit der Straßenbauarbeiter. Weiter sind jene Straßenbauten gefahrvoll, die zur Hälfte in Bau genommen werden, während sich auf der andern Straßenhälfte der Verkehr gedrängt bewegt. Am sichersten sind und bleiben die Straßenbauarbeiten bei völlig abgesperrten Straßen, deren Verkehr durch Umleitung auf andere Straßenzüge gesichert wird.

Was haben die Straßenbauarbeiter angesichts der durch den gesteigerten Verkehr verursachten Erhöhung der Unfallgefahren zur Erhaltung von Leben und Gesundheit zu fordern?

1. Bei Straßenbauarbeiten in völliger Straßenbreite sind die Anfangs- und Endpunkte der Baustelle durch gutes Sperrmaterial (feste Sperrböcke) völlig für den Verkehr abzusperren. Vor und hinter der Baustelle sind in abgemessenen, reichlichen Abständen Warnungstafeln anzubringen. Die Verkehrspolizei hat die Durchführung ihrer einschlägigen Bestimmungen an Ort und Stelle durch ihre Organe zu überwachen.
2. Bei halbseitig durchgeführten Straßenbauten sind nicht nur die Anfangs- und Endpunkte der Baustelle abzusperren und vor und hinter derselben die Warnungstafeln anzubringen, sondern die Längsseiten der gesamten Baustelle sind durch Sperrmaterial vollkommen einzufriedigen. Die Regelung des in diesen Fällen sich nur auf einer Straßenhalbseite vollziehenden Gesamtverkehrs ist von den Organen der Verkehrspolizei zum Schutze der Straßenbauarbeiter zu übernehmen.
3. Ausbesserungsarbeiten auf unter Verkehr stehenden Straßen sind unter allen Umständen entsprechend der Größe und Ausdehnung der Ausbesserungsarbeiten vollständig durch gutes und als solches ohne weiteres erkenntliches Sperrmaterial einzufriedigen. Auch bei den kleinsten Ausbesserungen während des Verkehrs darf gutes und leicht transportables Sperrmaterial nicht fehlen. Vor und hinter der Ausbesserungsstelle sind Warnungstafeln anzubringen.
4. Das Fahrtempo der Kraftwagen ist bei Befahren der halbseitig durchgeführten Straßenbauten und im Bereiche der Ausbesserungsarbeiten auf offenen Verkehrsstraßen mindestens auf die unterste verkehrspolizeilich für Ortsdurchfahrten zugelassene Schnelligkeit zu ermäßigen.
5. Bei Straßenbahnarbeiten im Betriebe ist die Absperrung seitlich der Baustelle im vollen Umfange durchzuführen. Warnungstafeln und Warnungsfähnchen sind in angemessenen Abständen von der Baustelle anzubringen. Das Befahren der Baustelle durch die Straßenbahnen darf nur im Schrittempo erfolgen. Bei dichterer Verkehrsfolge sind Warnungsposten auszustellen, um die Straßenbauarbeiter durch entsprechende Signale von dem Einlaufen der Wagen zu verständigen. Das Heraustreten der Straßenbauarbeiter aus der Arbeitszone im Gleise beim Herannahen eines Wagens hat immer nur auf die Straßenseite und in jene Fahrtrichtung zu erfolgen, auf welcher der Straßenbahnwagen fährt. Niemals ist bei Doppelgleisen beim Herannahen des Straßenbahnwagens auf das Nebengleis auszutreten.

*

Die Steinsetzer oder Pflasterer mit Helfer und Rammer
kehren sich nicht an Wetter und Wind.
Ihre Hände sind schwielig, zerschunden, sind rissig,
weil Regen und Sand darüber rinnt.
Die Steinsetzer oder Pflasterer legen, setzen und hämmern
kniend, tagaus tagein die Steine und Platten
in geschlossene Reihen.
Dann stampfen die Rammer im Takt jeden Stein
fest und fester in seine Bettung hinein!
Und der Stein? —
Der klingt hell bei jedem Stoß,
als mache ihm Freude: Vom Felsen los,
nun der Menschheit zu dienen in der Straßendecke!



Schützt die Straßenbauarbeiter vor den Gefahren des Verkehrs!

Die Erweiterung der Gewerbeaufsicht

Die Erweiterung der Gewerbeaufsicht ergibt sich aus der dringenden Notwendigkeit, den Schutz für Leben und Gesundheit der Arbeiter zu verschärfen. Noch immer werden die Arbeitsschutzvorschriften, die Verordnungen über die Arbeitszeit und andere zum Schutz der Arbeitskraft erlassenen Bestimmungen, insbesondere die über die Beschäftigung Jugendlicher und Ausbildung von Lehrlingen viel zu wenig beachtet. Die Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten, die die Kontrolle der Betriebe auszuüben haben, wäre zunächst das wichtigste, was zu tun ist.

Der Preußische Landtag hat in seiner ersten Sitzung im neuen Jahr einen Antrag der sozialdemokratischen Landtagsfraktion über die Erweiterung der Gewerbeaufsicht zugestimmt. Der Antrag fordert die verschärfte Anwendung der Arbeiterschutzbestimmungen, unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen zum Schutze der Jugendlichen und die Vermehrung der Aufsichtsbeamten. Hiermit werden freilich die in dem heutigen Betriebssystem verankert liegenden Uebelstände noch nicht beseitigt, aber es ist doch wenigstens etwas getan. Daß noch mehr geschehen muß, daß insbesondere die Schutzbestimmungen selbst verschärft werden müssen, ist eine gewerkschaftliche Forderung, der sich die gesetzgebenden Körperschaften annehmen müssen.

Auf dem Gebiete der Gewerbeaufsicht sieht es in ganz Deutschland noch trübe aus. Hier gibt es sehr viel zu ändern und durchzuführen. Die letzten Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten für das Reich, die das Jahr 1927 umfassen und kürzlich veröffentlicht wurden, lassen erkennen, daß im gesamten Reichsgebiet in dem Berichtsjahre nur 406 000 Betriebsbesichtigungen vorgenommen wurden. In über 40 000 Betrieben wurden mehr als eine Besichtigung ausgeführt. Die Zahl der besichtigten Anlagen betrug 289 000. Nach der letzten gewerblichen Betriebszählung sind in Deutschland 3,4 Millionen gewerbliche Betriebe festgestellt worden, so daß rund 3 Millionen Betriebe ohne Kontrolle geblieben sind. Das Ergebnis hat sich gegenüber 1926, wo 391 000 Besichtigungen vorgenommen wurden, etwas gebessert, kann aber keineswegs befriedigen. In Preußen betrug die Zahl der durchgeführten Besichtigungen 195 000 bei einer gewerblichen Betriebszahl von 1,9 Millionen. In Bayern stellt sich die Zahl der Besichtigungen auf 51 000, Betriebe waren hier bei der Betriebszählung 428 000 vorhanden. Württemberg verzeichnete 14 000 Besichtigungen bei 162 000 Betrieben, Mecklenburg-Schwerin 1100 Besichtigungen bei 5700 Betrieben. Es ergibt sich also überall das gleiche Bild.

Verständlich wird diese geringe Zahl der Besichtigungen, wenn man sich den Gewerbeaufsichtsbeamtenapparat ansieht. Im ganzen Reiche sind 727 Gewerbeaufsichtsbeamten und 395 Bergaufsichtsbeamten vorhanden. Von den Gewerbeaufsichtsbeamten entfallen 414 auf Preußen, 73 auf Bayern, 86 auf Sachsen, 26 auf Württemberg, 22 auf Baden, 17 auf Hessen, 4 auf Mecklenburg-Schwerin usw. Bekannt ist, daß die die Kontrolle ausübenden Beamten noch vielfach zu Arbeiten verwendet werden, die nicht unmittelbar dem Arbeiterschutz dienen. Daraus wird vieles erklärlich! Stellt man eine Berechnung darüber an, wieviel Betriebe auf einen Beamten entfallen, so ergibt sich rechnerisch, daß in Preußen nahezu 5000 Betriebe, in Bayern etwa 5600 Betriebe und in Mecklenburg-Schwerin über 1400 Betriebe auf einen kontrollierenden Beamten entfallen. Bei dieser Sachlage kann natürlich von einer durchgreifenden Kontrolle nicht die Rede sein.

Einige Ziffern aus den Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten zeigen uns, daß die Uebertretungen der Schutzvorschriften gang und gäbe sind. Die Uebertretung formeller Vorschriften, Fehlen der Aushänge über die Unfallverhütung usw. wurde in 39 500 Fällen ermittelt. Vergehen gegen die Beschäftigung von Erwachsenen, Ueberarbeit usw. wurde in 32 000 Fällen festgestellt. Am betrübensten aber sind die Verstöße gegen die Vorschriften zum Schutze der Jugendlichen und Kinder. In rund 6900 Fällen mußte eingeschritten werden, weil Verstöße gegen die Schutzbestimmungen der Jugendlichen vorlagen, und in 505 Fällen wurden Kinder bei verbotenen Arbeiten angetroffen.

Das sind einige Zahlen aus dem reichhaltigen Material. Angesichts der Tatsache, daß die Gewerbeaufsicht nur einen Bruchteil der Verstöße ermittelt, kann man sich eine Vorstellung davon machen, wieviel Verbotenes vorhanden ist. „Aus allen Gewerben", heißt es in dem Bericht des Berliner Aufsichtsamtes, „kommen Klagen über Verstöße gegen Schutzvorschriften." Die Jugendlichen werden zu allen Arbeiten herangezogen, und wenn die Gewerbeaufsicht einschreitet, haben die Uebertretungen der Schutzvorschriften zumeist bereits krasse Formen angenommen. Vieles sieht die Gewerbeaufsicht überhaupt nicht, wird ihr verheimlicht, und in einigen Fällen ist es vorgekommen, daß die Arbeiter dem Aufsichtsbeamten gegenüber die Auskunft über die Dauer ihrer Arbeitszeit verweigerten. In einigen andern Fällen gaben die Arbeiter eine falsche Auskunft, sie sagten weniger Stunden, als sie arbeiteten, der befragte Unternehmer aber gab ohne Umschweife die Höhe der Stunden an. Mißhandlungen von Jugendlichen berichten Bayern, Sachsen und Hessen; wegen schlechter Behandlung Jugendlicher mußte mehrmals eingeschritten werden.

Das Rationalisierungssystem hat weitere Fortschritte gemacht, die Unfallziffer ist gestiegen. Besondere Erhebungen sind über die Mitarbeit der verheirateten Frauen angestellt worden, wobei die Fragen zu beantworten waren, welche Folgen die Mitarbeit für die Frau, für die Familie und für die Kinder hat. Die Ergebnisse, denen ein reichhaltiges statistisches Material beigegeben ist, sind sehr bemerkenswert. Auch die Kinderarbeit ist nachgeprüft worden. Verstöße gegen das Verbot der Kinderarbeit findet man in allen Gewerben. Ein häufiger Grund zu den Beschwerden ist die Nichteinhaltung der Pausen.

Die Strafen sind im allgemeinen nicht sehr hoch. In der Regel schwanken sie zwischen 20 und 80 Mark. Hierfür kann sich der Unternehmer schon sehr viel herausnehmen. In einigen Fällen wurden Strafen in Höhe von 200 bis 500 Mark verhängt.

Zusammenfassend kommt man zu dem Ergebnis, daß der Ausbau der Gewerbeaufsicht eine unumgängliche Notwendigkeit ist. Daß die Schutzbestimmungen überschritten werden, ist bekannt, aber Aufgabe der Gesetzgebung ist es, für die Einhaltung zu sorgen. Die Gewerkschaften arbeiten, soweit es in ihrer Macht liegt, zu ihrem Teil redlich daran mit.

E. N.

Es ist erreicht!

Wie aus Pressenotizen entnommen werden konnte, hat der Reichsrat, das ist die Ländervertretung, die grundlegend beratende Körperschaft in der republikanischen Gesetzgebung Deutschlands, am 7. Februar 1929 die zweite Verordnung über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten genehmigt. Damit ist die Verordnung nunmehr Gesetz geworden und wird mit Wirkung vom 1. Januar 1929 in Kraft treten.

Die endgültige Bekanntmachung nebst Ausführungsbestimmungen ist in Kürze zu erwarten. Wir kommen dann auf diese für uns so wichtige und erfreuliche Tatsache noch eingehend im „Steinarbeiter" zu sprechen.

Ein geschätzter und gutinformierter Mitarbeiter des „Steinarbeiters", der unter dem Namen „Erwin" zeichnet, stellt uns mit derselben Ueberschrift, wie diese Notiz trägt, folgendes aus der Vorberatung der Verordnung zur Verfügung:

„Gar emsig vorm Reichswirtschaftsrat ein jeder seine Sach' vertrat. — Zuerst die Herren Mediziner, dann einige Gewerkschaftsdiener — und schließlich, frei von ihrer Leber, stets „notleidende" Arbeitgeber. — Ihr fragt, was zur Beratung stand: „Die Steinstaublunge allbekannt, — ob endlich ein erhöhter Schutz den Sandsteinschaffern wird zu Nutz'?" — Doch, was uns selbstverständlich scheint, manch anderer durchaus verneint.

Die Herr'n der Sandsteinindustrie ertragen die Belastung nie, — die ihnen auferlegt am Ende, die angestrebte Krankheitsrente. — „Drum schaffet ohne Rente weiter, zum Wohl der Herr'n, ihr Sandsteinarbeiter!"

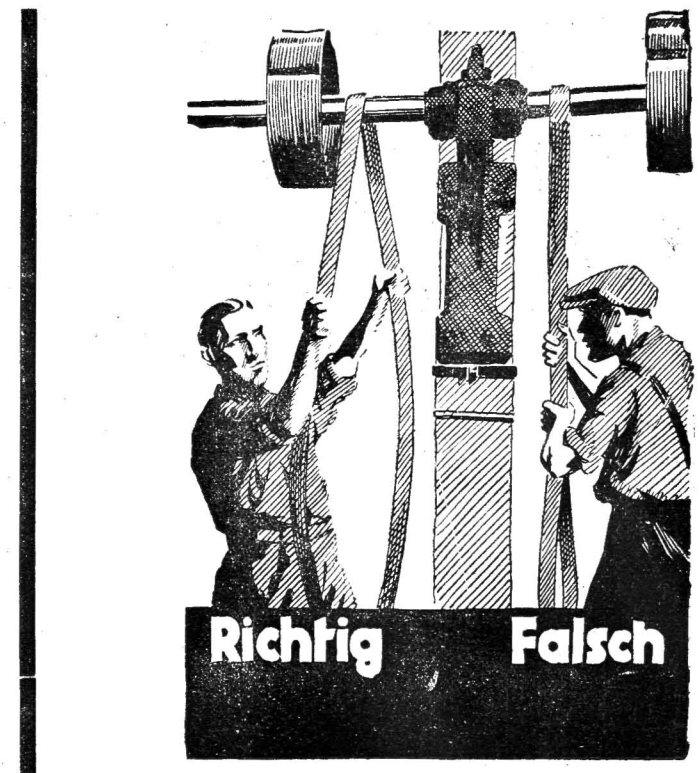
In diesem Fall jedoch sich zeigte, daß Wissenschaft zur Arbeit neigte. — Die hochgelehrten Professoren den Schutz der Arbeit sich erkoren; — weshalb auch der Reichswirtschaftsrat sich ihnen angeschlossen hat. — Dasselbe tat der Herr Minister: „Die Staublung' steht jetzt im Register zu schützender Berufskrankheiten". **Erfüllt ein Wunsch seit langen Zeiten. Vor Freude wollen wir indessen den Selbstschutz doch niemals vergessen.**

Aus der Praxis eines Betriebsrates

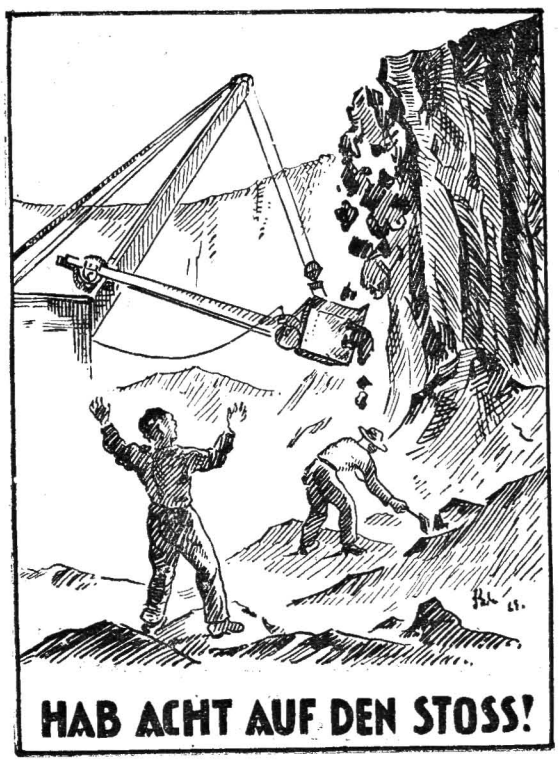
In einem Steinbruch in der Amtshauptmannschaft Freiberg wurde am 14. Januar in der Mittagszeit gesprengt. Nach der Sprengung blieb ein durch den Schuß losgetrennter größerer Felsbrocken stehen; eine Gefahr für die tiefer arbeitenden Kollegen. Es ist nun selbstverständlich, daß die Betriebsvertretung im Hinblick auf die drohende Gefahr der darunter Arbeitenden, die Steine in Kippwagen ladeten, mit Recht die Herabstoßung des Felsstückes verlangt wurde. Doch der Bruchmeister war anderer Ansicht; er meinte zu dem Betriebsratsvorsitzenden: „Du hast mir wie überhaupt im Betriebe nichts zu sagen, denn Bruchmeister bin ich!" Ist doch merkwürdig, wie leicht sich einzelne Menschen, wenn sie glauben, in ihrer Kompetenz verletzt oder übergangen zu sein, über Gefahren, die andere bedrohen, hinwegsehen. Am folgenden Tage, als wieder unter der gefahrvollen Stelle gearbeitet werden sollte, wiederholte sich dasselbe in Aufforderung und Antwort. Man müßte nun annehmen, daß die übrigen Belegschaftsmitglieder sich einmütig und ohne jedes Zaudern hinter den eifrigen und umsichtigen Betriebsrat gestellt hätten, um seinem berechtigten Wunsche in ihrem Interesse an Leben und Gesundheit Nachdruck zu geben. Aber weit gefehlt! Da wird herumgeglotzt und sich feige gedrückt. Ein jüngerer Kollege, der als Bohrer beschäftigt ist, der an der gefahrvollen Stelle bohren sollte, aber vom Betriebsrat darüber belehrt wurde, welche Gefahren drohen, erkühnte sich sogar, den älteren Kollegen auszulachen mit den Worten: **Ich bohre da doch auf meine eigene Gefahr und Risiko!** Dies ist ein recht bedauerlicher Vorgang. Namen, Betrieb und Ort sind uns natürlich bekannt; wir bringen diese Sache zur Belehrung und Abschreckung, obgleich der Bruchmeister und der Bohrer eine empfindliche Strafe verdient hätten. Denn ihr Verhalten ist ein Spiel mit den gesunden Knochen der im Betriebe Arbeitenden. Im „Steinarbeiter" wird geschrieben und geschrieben über die Berufsgefahren im Steinbruchgewerbe, aber nicht für den alten Fritzen, sondern zur Belehrung der Kollegen, um deren Aufmerksamkeit zu schärfen gegenüber der großen Unfallgefahr in den Steinbrüchen. Wenn unsere Kollegen in solchen Fällen nicht einig zusammenstehen wollen, dann bleibt ja unsere ganze gewerkschaftliche Arbeit tatsächlich Sysiphusarbeit. Will das vielleicht jemand? — Nein! sicher auch der im vorstehenden Falle angeführte jüngere Kollege nicht. Es ist seine Unerfahrenheit und ein Pochen auf das „Gutglück". Gewiß kennt das letztere fast jeder einzelne, der im Steinbruch seine Existenzbedingungen erarbeitet; man darf aber niemals das „Gutglück" herausfordern. Wenn nun diese Zeilen genügend Beachtung finden, haben sie ihren Zweck erfüllt; auf eine Bestrafung kommt es uns natürlich nicht an, deshalb wird auch das Weitere verschwiegen.

Meldet Betriebsunfälle!

Der Betriebsunternehmer hat jeden Betriebsunfall in seinem Betriebe der Berufsgenossenschaft anzuzeigen, wenn durch den Unfall ein im Betriebe Beschäftigter getötet oder so verletzt wird, daß



er stirbt oder für mehr als drei Tage völlig oder teilweise arbeitsunfähig wird. Und zwar muß er den Unfall binnen drei Tagen, nachdem er ihm zur Kenntnis gelangt ist, melden. Außerdem muß die Ortspolizeibehörde den Hergang des Unfalls untersuchen. Auch die Krankenkasse muß jede Krankheit, die auf einen Unfall zurückzuführen ist, der Berufsgenossenschaft bekanntgeben. Unternehmer und Krankenkasse sind aber erst dann in der Lage, diese Verpflichtung zu erfüllen, wenn die Verletzten selbst den Unternehmer unverzüglich von dem Unfall Kenntnis geben. Durch die sofortige Benachrichtigung des Arbeitgebers über den Hergang des Unfalls wird sich viel Streit aus dem Wege räumen lassen. Es ist dann möglich, sogleich die Mitarbeiter als Zeugen zu hören und den Hergang genau festzuhalten. Unterbleibt die Nachricht des Verletzten an den Arbeitgeber, dann wird in vielen Fällen erst später eine Untersuchung eingeleitet. Zumeist sind dann keine Zeugen mehr vorhanden oder Betriebseinrichtungen wurden inzwischen verändert, so daß es vielfach nicht mehr möglich ist, nachzuweisen, daß tatsächlich ein Betriebsunfall vorliegt. Die Leidtragenden bleiben entweder der Verletzte oder seine Hinterbliebenen. Deshalb ist dringend zu raten, jeden Betriebsunfall, wenn er auch geringfügig erscheint, dem Betriebsunternehmer zu melden.

Der Schutz des Weges zur Arbeitsstätte

Die reichsgesetzliche Unfallversicherung unterstellt auch die Wege von der Wohnung des Arbeitnehmers in den versicherten Betrieb und von diesem in die Wohnung dem Versicherungsschutz. Unfälle, die sich auf dem Wege von der Wohnung zur Arbeitsstätte und umgekehrt ereignen, sind als Betriebsunfälle zu entschädigen. Das Reichsversicherungsamt hat eine große Anzahl von Streitfällen, die sich durch diese neue gesetzliche Bestimmung ergeben haben, entschieden. Der Weg von der Arbeitsstätte nach Hause endet regelmäßig nach allgemeinem Sprachgebrauch in der Wohnung. Zum Wege gehört deshalb jedenfalls auch die Treppe in Häusern mit einzelnen, in verschiedenen Stockwerken befindlichen abgeschlossenen Mietwohnungen. Verunglückt ein Unfallversicherter auf der Treppe, wenn er sich nach dem Betrieb begibt oder vom Betrieb zurückkommt, so liegt auch in diesem Falle ein Betriebsunfall vor. Wird der Heimwege von der Betriebsstätte ereignen, sind jedoch nicht als Bevaten Zwecken des Versicherten unterbrochen und verunglückt er, so liegt jedoch kein Betriebsunfall vor, wenn diese Unterbrechung längere Zeit gedauert hat oder der Weg nicht unmittelbar von dem Betrieb in die Wohnung oder umgekehrt zurückgelegt wird. Besucht der Verunglückte z. B. auf dem Heimwege ein Wirtshaus, so wird der Heimweg im Sinne des Gesetzes unterbrochen, wenn der Aufenthalt in der Wirtschaft von längerer Dauer war. Sucht er jedoch nur vorübergehend eine Gaststätte auf, so ist der Heimweg noch als versichert nach dem Unfallrecht anzusehen. Weicht ein Versicherter von dem gewöhnlichen Wege nach und von der Arbeitsstätte ab, so wird dadurch der Zusammenhang mit dem Betrieb nicht gelöst, wenn es sich lediglich um eine für die Dauer des Heimwegs unwesentliche Aenderung handelt. Es ist ohne Bedeutung, ob der Weg zu Fuß oder mit irgendeinem Beförderungsmittel zurückgelegt wird. Auch die Handlungen, die sich unmittelbar aus der Benutzung eines Wagens ergeben, z. B. das Anschirren der Pferde, müssen als zum Heimweg gehörig erachtet werden. Unfälle, die sich durch Spielerei auf dem Heimwege von der Betriebsstätte ereignen, sich jedoch nicht als Betriebsunfälle im Sinne des Unfallrechtes anzusehen. Wenn besondere Umstände den Unfallversicherten vom Heimwege abbringen oder Ereignisse eintreten, die den Weg von und zur Arbeitsstätte erschweren, z. B. Ueberschwemmung des Weges, so wird es auf den Einzelfall ankommen, ob es sich bei einem entstehenden Unglück um einen Betriebsunfall handelt. Immerhin ist durch das neue Unfallrecht eine Lücke ausgefüllt, die von den Unfallversicherten bis zu dieser Aenderung des Unfallrechtes außerordentlich nachteilig empfunden wurde.